

Bad Nenndorf, Januar 2024

In Zusammenarbeit mit der Verwaltung:

Tischmann Loh & Partner Stadtplaner PartGmbB
Berliner Straße 38, 33378 Rheda-Wiedenbrück
Telefon 05242 5509-0, Fax 05242 5509-29

Bauleitplanung der Stadt Bad Nenndorf

BEBAUUNGSPLAN NR. 107 „GEH- UND RADWEGBRÜCKE B 65 / ERLENGRUND“

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen zu den Verfahrensschritten:

- A. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB**
- B. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2(2) BauGB**

A. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Zuge des Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ gemäß § 3(1) BauGB fand durch Veröffentlichung der Planunterlagen vom 10.07.2023 bis einschließlich 11.08.2023 statt. In diesem Verfahrensschritt sind keine Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit eingegangen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit im Zuge des Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ gemäß § 3(2) BauGB fand durch Veröffentlichung der Planunterlagen vom 22.11.2023 bis einschließlich 22.12.2023 statt. In diesem Verfahrensschritt sind keine Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit eingegangen.

B. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2(2) BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4(1) BauGB mit Schreiben vom 28.07.2023. um Stellungnahme bis einschließlich zum 28.08.2023 gebeten.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbarkommunen wurden gemäß §§ 4(2) und 2(2) BauGB mit Schreiben vom 22.11.2023 um Stellungnahme bis einschließlich zum 22.12.2023 gebeten.

Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt.

Nr.	TÖB	§ 4(1) BauGB	§ 4(2) BauGB
1	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) - Kreisverband (KV) Schaumburg	–	–
2	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser	–	–
3	Die Autobahn GmbH des Bundes - Niederlassung Nordwest	–	–
4	Avacon AG	–	–
5	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	–	–
6	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	–	–
7	Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH	–	–
8	Deutsche Telekom Technik GmbH	15.09.2023	18.12.2023

Nr.	TÖB	§ 4(1) BauGB	§ 4(2) BauGB
9	Exxon Mobil Production Deutschland GmbH	31.07.2023 07.08.2023 (BIL)	24.11.2023 22.11.2023 (BIL)
10	Gascade Gastransport GmbH	01.08.2023	06.12.2023
11	Gasunie Deutschland Services GmbH	–	–
12	Handwerkskammer	–	–
13	Kreishandwerkerschaft Niedersachsen-Mitte	02.08.2023	05.12.2023
14	Jägerschaft Schaumburg e.V.	–	–
15	Kabel Deutschland - Vertrieb und Service GmbH	–	–
16	Kur- und Tourismus GmbH	–	–
17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	25.08.2023	15.12.2023
18	Landesamt für Denkmalpflege	01.09.2023	–
19	Landesamt für Landentwicklung und Geoinformation Nds. – Katasteramt	–	–
20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel	08.08.2023	07.12.2023
21	Landeskirchenamt der ev.-luth. Landeskirche Hannovers	–	–

Nr.	TÖB	§ 4(1) BauGB	§ 4(2) BauGB
22	Landeskirchenamt der ev.-luth. Landeskirche Hannovers – Grundstücksangelegenheiten	–	–
23	Landkreis Schaumburg	25.08.2023	22.12.2023
24	Landvolk Niedersachsen – Kreisverband Weserbergland e. V.	–	–
25	Landwirtschaftskammer Niedersachsen – Bezirksstelle Hannover	30.08.2023	20.12.2023
26	Naturpark Weserbergland	–	–
27	Naturschutzbund Deutschland – Ortsgruppe Nenndorf	–	–
28	Nieders. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	–	–
29	Niedersächsische Landesforsten – Forstamt Oldendorf	–	–
30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	29.08.2023	03.01.2024 26.01.2024
31	Nowega GmbH	21.08.2023	11.01.2024
32	PLEdoc GmbH	31.07.2023 07.08.2023 (BIL)	28.11.2023 22.11.2023 (BIL)
33	Region Hannover – Fachbereich Planung und Raumordnung	28.08.2023	13.12.2023
34	Samtgemeinde Lindhorst	–	–
35	Samtgemeinde Rodenberg	–	–

Nr.	TÖB	§ 4(1) BauGB	§ 4(2) BauGB
36	Senioren- und Behindertenbeirat	27.08.2023	29.12.2023 15.01.2024
37	Stadt Barsinghausen	–	20.12.2023
38	Stadt Wunstorf	–	–
39	TenneT TSO GmbH	28.07.2023	01.12.2023
40	Unterhaltungsverband Nr. 53 – West- und Südaue	–	–
41	Vodafone Niederlassung Nord	25.08.2023	14.12.2023
42	Wasserverband Nordschaumburg	28.08.2023	29.11.2023
43	Westfalen Weser Netz GmbH	–	–
44	Wintershall Dea GmbH	07.08.2023	05.12.2023
45	Neptun Energy Deutschland GmbH	–	–

B.1 Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(1) sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2(2) BauGB

Nr. 8

**Deutsche Telekom Technik GmbH
Stellungnahmen vom 15.09.2023**

Stellungnahme der Verwaltung

„die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Durch den Bebauungsplan Nr. 107 Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund werden die Interessen der Telekom zurzeit nicht berührt.

Gegen die geplanten Maßnahmen bestehen somit von unserer Seite keine Bedenken.“

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.



Nr. 9	Exxon Mobil Production Deutschland GmbH Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.
Nr. 10	Gascade Gastransport GmbH Stellungnahme vom 01.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.</p> <p>Für externe Kompensationsmaßnahmen muss sichergestellt sein, dass diese unsere Anlagen nicht beeinträchtigen und nicht im Schutzstreifen unserer Anlagen stattfinden werden. Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese ebenfalls mit entsprechenden Planunterlagen zur Stellungnahme vorzulegen. Eine Auflistung der Flurstücke in der Begründung oder im Umweltbericht ist nicht ausreichend.</p> <p>Wir bitten Sie daher, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Externe Flächen werden zur Deckung des Kompensationsbedarfs nicht erforderlich. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>

Nr. 13	Kreishandwerkerschaft Niedersachsen-Mitte Stellungnahme vom 02.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	„auch hier bestehen nach Rücksprache keine Einwände.“	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Boden</p> <p>Mit Grund und Boden ist gemäß §1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04).</p> <p>Im Plangebiet befinden sich, wie in den Unterlagen beschrieben, laut den Daten des LBEG Suchräume für schutzwürdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Plangebiet handelt es sich um folgende Kategorien:</p> <p>Kategorie</p> <p>Seltene Böden (expertenbasiert)</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Die Karten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden. Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen. Schutzwürdige Böden sollten bei der Ermittlung des Kompensationsbedarfs besondere Berücksichtigung finden.</p> <p>Entsprechend den Daten des LBEG sind die Böden empfindlich gegenüber Bodenverdichtung (siehe Auswertungskarte „Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung“ auf dem NIBIS® Kartenserver). Verdichtungen sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden – zum Schutz und zur Minderung der Beeinträchtigungen des Bodens.</p> <p>Um einen möglichst schonenden Umgang mit dem Schutzgut Boden zu erreichen und die Bodenfunktionen so weit wie möglich zu erhalten, geben wir einige Hinweise zu den Maßnahmen der Vermeidung und Verminderung von Bodenbeeinträchtigungen. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau –Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Um dauerhaft negative Auswirkungen auf die von Bebauung freizuhaltenden Bereiche zu vermeiden, sollte der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotszonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen</p>	<p>Die schutzwürdigen Böden werden bei der konkreten Ermittlung der Kompensationsbedarfe berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und durch die Kommune bzw. die Landesgartenschau Bad Nenndorf gGmbH in der Projektplanung berücksichtigt. Die Umsetzung baulicher Maßnahmen erfolgt unter ökologischer und bodenkundlicher Baubegleitung.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, in die Begründung eingearbeitet und durch die Kommune in der Projektplanung berücksichtigt. Die Umsetzung baulicher Maßnahmen erfolgt unter ökologischer und bodenkundlicher Baubegleitung.</p> <p>Zur Minderung von möglichen Beeinträchtigungen auf den Boden wird im Bereich des Erlengrunds mit Platten oder Baggermatten gearbeitet. Dies wird als Vermeidungsmaßnahme im Umweltbericht vorgesehen. Entsprechende rahmensetzende Vorgaben werden in der Ausschreibung zur Baubegleitung und Bauüberwachung aufgenommen.</p>

Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>werden (u.a. gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden. Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.</p> <p>Altbergbau</p> <p><u>Nachbergbau Themengebiet Grubenumrisse Altbergbau</u> Laut den hier vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen liegt das genannte Verfahrensgebiet nicht im Bereich von historischem Bergbau.</p> <p>Baugrund</p> <p>Im Untergrund des Standorts sind bereits geländeoberflächennah anstehende lösliche Sulfatgesteine (Münder Mergel) aus dem Oberen Jura (Malm) zu erwarten, in denen mit großer Wahrscheinlichkeit Auslaugung stattfindet und Verkarstung auftreten kann. Damit sind die geologischen Voraussetzungen für das Auftreten von Erdfällen gegeben. Im Planungsbereich und im näheren Umfeld sind bisher keine Erdfälle bekannt. Formal ist dem Stand-</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, im Rahmen der Brückenplanung sind Boden- und Baugrundgutachten u. a. zur Ermittlung der Gründung des Brückenbauwerks durchgeführt worden.</p> <p>Es sind zwei Baugrunduntersuchungen mit Baugrundaufschlüssen durchgeführt worden. Im Bereich des Brückenbauwerks stehen unterhalb des Mutterbodens und im Bereich der Wege eine Auffüllung von Löss- und Geschie-</p>

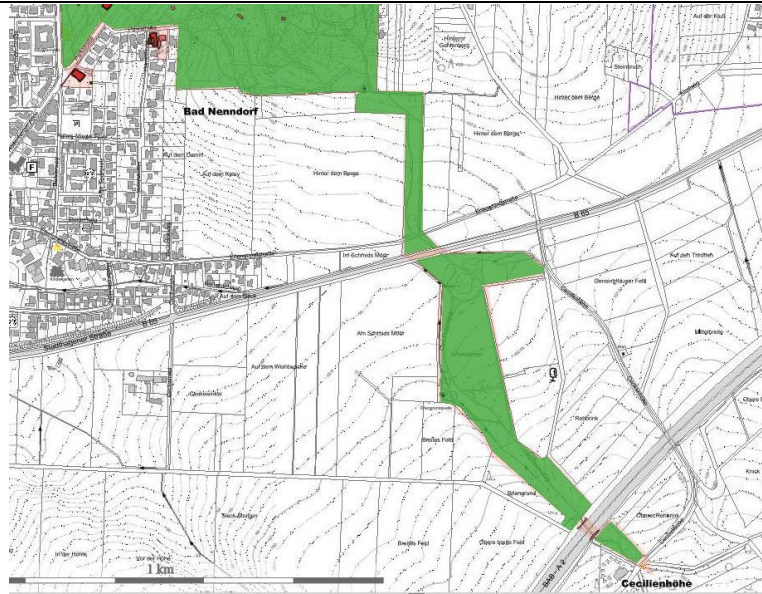
Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>ort die Erdfallgefährdungskategorie 3 zuzuordnen, sofern die detaillierte Baugrunderkundung keine weiteren Hinweise auf Subrosion/Verkarstung erbringt (gem. Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, Az. 305.4 – 24 110/2 -). Im Rahmen von Baumaßnahmen am Standort empfehlen wir bezüglich der Erdfallgefährdung entsprechende konstruktive Sicherungsmaßnahmen vorzusehen. Weiterführende Informationen dazu unter www.lbeg.niedersachsen.de > Geologie > Baugrund > Subrosion > Hinweise zum Umgang mit Subrosionsgefahren.</p> <p>Im Zuge der Planung von Baumaßnahmen verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Hinweise</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpre-</p>	<p>beböden, Beckenablagerungen, Glazifluviatilsand und zur Tiefe Unterkreideton an. Die Gründung der Brücke erfolgt über Punktfundamente unter den Stützen und über zwei Blockfundamente an den Rahmenfüßen des Sprengwerks. Die beiden Widerlager an den Enden der Überbauten werden als massive Rampenköpfe in Stahlbeton erstellt. Der Lastabtrag muss aufgrund der örtlichen Baugrundverhältnisse in den tieferen Bodenschichten erfolgen. Dies wird über Bohrpfähle mit 80 cm Durchmesser und einer Länge bis maximal 8,0 m vorgesehen. Bei den Auflagern der Stützengruppen und der Widerlager werden jeweils 3 Pfähle erforderlich. Die Blockfundamente unter den Rahmenfüßen erfordern jeweils 9 Bohrpfähle. Die endgültige Bestätigung der Bohrpfahlgründung steht noch aus.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Hinweise oder Anregungen zur Planung vorgebracht werden. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>tieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.“</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen wird im Wesentlichen, wie oben dargelegt, gefolgt. Inhaltliche Ergänzungen sind in der Begründung sowie im Umweltbericht vorgenommen worden. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 18	Landesamt für Denkmalpflege Stellungnahme vom 01.09.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„vielen Dank für die Einbindung und Möglichkeit der Stellungnahme. Leider ist es mir durch Urlaub und Krankheit erst heute möglich, zu antworten.</p> <p>Bei Durchsicht der Unterlagen fällt auf, dass für das Plangebiet im Abschnitt 5.8 festgestellt wird, dass keine Bau- oder Bodendenkmale bekannt sind. Das ist aus Sicht der Baudenkmalpflege so nicht richtig.</p> <p>Wie Sie dem beigefügten Kartierungsausschnitt entnehmen können, erstreckt sich die denkmalgeschützte Kuranlage mit dem Kurpark von Bad Nenndorf über den Erlengrund bis zur Cecilienhöhe. Die neu zu errichtende Brücke liegt damit vermutlich im Denkmal! Ich bitte um Korrektur und um eine sachgerechte bauleitplanerische Abwicklung für das Vorhaben.“</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt und das Einzeldenkmal Kurpark Bad Nenndorf in dem Bebauungsplan nachrichtlich übernommen. Eine sachgerechte bauleitplanerische Abwicklung für das Vorhaben wird vorgenommen.</p>

Nr. 18

Landesamt für Denkmalpflege
Stellungnahme vom 01.09.2023

Stellungnahme der Verwaltung



Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme wird gefolgt. Es erfolgt eine sachgerechte bauleitplanerische Abwicklung für das Bauvorhaben zu den denkmalschutzrechtlichen Belangen.

Nr. 20

Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel
Stellungnahme vom 08.08.2023

Stellungnahme der Verwaltung

„Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und von der Kommune auf Ebene der Projektplanung berücksichtigt. Weitere Maßnahmen zur Gefahrenefforschung werden parallel zum Bauleitplanverfahren durch die Kommune als Behörde der Gefahrenabwehr abgestimmt. Weitere Untersuchun-

Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 08.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegluftebilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können: http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitig</p>	<p>gen in der Fläche C sind vorgenommen worden. Hier verhinderte die geschotterte Wegeverfestigung mit vermutlicher Bauschutteinlagerung die vollständige Detektion der gesamten Fläche. Aus diesem Grund kam es zur Störung der östlichen Detektionsfläche, die Westfläche ist freigegeben worden. Für den östlichen Bereich ist bei der Sondierung der Verdachtsflächen eine Suchschachtung nach einer Quelleitung durchgeführt worden. Diese war erfolglos. Die Quelleitung muss somit außerhalb des Projektbereichs verlaufen. Eine kampfmittelrelevante Baubegleitung dieses Bereichs ist nur bei geplanten Bodeneingriffen erforderlich.</p>

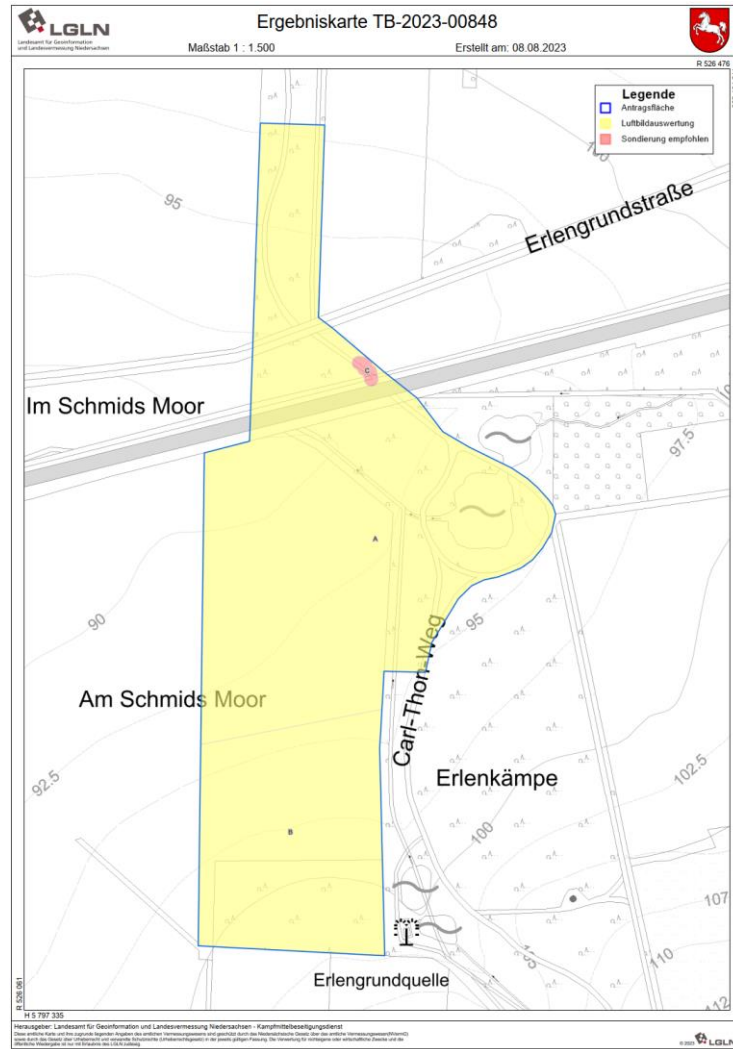
Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 08.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p data-bbox="264 316 936 379">ung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html.“</p> <p data-bbox="264 419 365 451">Anlagen</p> <p data-bbox="264 459 510 491">1 Kartenunterlage(n)</p> <p data-bbox="264 563 656 595"><u>Empfehlung: Luftbildauswertung</u></p> <p data-bbox="264 635 365 667"><u>Fläche A</u></p> <p data-bbox="264 675 1059 738"><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p data-bbox="264 746 1059 810"><i>Luftbildauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p data-bbox="264 818 1025 850"><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p data-bbox="264 858 913 890"><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p data-bbox="264 898 1059 962"><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p data-bbox="264 1002 365 1034"><u>Fläche B</u></p> <p data-bbox="264 1042 1059 1106"><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p data-bbox="264 1114 1059 1177"><i>Luftbildauswertung:</i> Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.</p> <p data-bbox="264 1185 1025 1217"><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p data-bbox="264 1225 913 1257"><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p data-bbox="264 1265 1059 1329"><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p>	

Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 08.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>Empfehlung: Sondierung</u></p> <p>Fläche C</p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird eine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht ein begründeter Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p>Hinweis: Hinsichtlich der erforderlichen Gefahrenerforschungsmaßnahmen wenden Sie sich bitte an die örtlich zuständige Gefahrenabwehrbehörde (Stadt oder Gemeinde). Diese wird über das Ergebnis der Auswertung in Kenntnis gesetzt.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p> <p>Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.</p>	

Nr. 20

Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel
Stellungnahme vom 08.08.2023

Stellungnahme der Verwaltung



Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 08.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
		Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.
Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„zu den mir mit Schreiben vom 28.07.2023 vorgelegten Planunterlagen werden folgende Anregungen vorgebracht:</p> <p>Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes</p> <p>Die unter Punkt 5.3 "Brandschutz" auf Seite 20 in den Planunterlagen zu o. g. Bebauungsplan im Vorentwurf für den Brandschutz vorgesehenen Maßnahmen sind zielführend. Weitergehende Forderungen werden nicht für erforderlich gehalten.</p> <p>Belange des Straßenverkehrs</p> <p>Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken.</p> <p>Die konkrete Ausgestaltung der Anbindung des geplanten Parkplatzes sollte aber wie angekündigt in der monatlichen Verkehrsbesprechung des Landkreises vorgestellt werden.</p> <p>Belange des Naturschutzes</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Forderungen bezüglich des Brandschutzes für erforderlich gehalten werden. Besondere brandschutztechnische Anforderungen sind bisher nicht bekannt. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Eine Vorstellung der konkreten Ausgestaltung der Anbindung des geplanten Parkplatzes erfolgt in der monatlichen Verkehrsbesprechung des Landkreises, sobald ein belastbarer Entwurf vorliegt.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Entsprechend den Ausführungen im Umweltbericht liegen die Ergebnisse der faunistischen Erhebungen und die Biotoptypenkartierungen der betroffenen Grünflächen noch nicht vor. Ebenso sind die erforderlichen Maßnahmen zur Kompensation noch nicht vollständig geregelt. Weiterhin wird eine Eingriffs- Ausgleichs-Bilanzierung erforderlich. Sollten Aufgrund der Ergebnisse Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen erforderlich sein, dann sind diese im Vorfeld mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen sowie die Planunterlagen diesbezüglich zu ergänzen. Eine abschließende Stellungnahme aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege kann erst nach Vorliegen der vorgenannten Ausarbeitungen erfolgen.</p> <p>Bereits zum jetzigen Zeitpunkt gebe ich für das weitere Verfahren folgende Anregungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die zukünftige Beleuchtung der Geh- und Radwegebrücke, sollte ausschließlich aus insektenfreundlichen Leuchtmitteln bestehen. Es empfiehlt sich geschlossene nach unten ausgerichtete Lampentypen mit einer Lichtabschirmung (Abblendung) nach oben und zur Seite zu verwenden. Zur Vermeidung von beleuchtungsbedingten Beeinträchtigungen der Tierwelt (Störungsverbot gem. § 44 (1) Nr. 2 Bundesnaturschutzgesetz) sollten insektenverträgliche Leuchtmittel mit einem eingeschränkten Spektralbereich, z. B. warmweiße LED ohne Blauanteil verwendet werden, die nach Möglichkeit auch nur bedarfsorientiert anspringen. Eine entsprechende Regelung sollte in den textlichen Festsetzungen aufgenommen werden. 2. Die Baufelddräumung ist aus artenschutzrechtlichen Gründen 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beleuchtung der Geh- und Radwegbrücke ist nicht vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, in die Begründung zum Bebau-</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>nur in der Zeit vom 01.10. bis 28.02 zulässig. Ein abweichen- der Baubeginn innerhalb der Brutzeit ist im Einzelfall bei der Unteren Naturschutzbehörde Schaumburg zu beantragen und nur nach vorheriger Prüfung und Genehmigung zulässig.</p> <p>3. Im Vorentwurf des Bebauungsplanes ist nicht zu erkennen, welche Bäume und flächenhafte Gehölzstrukturen zum dauerhaften Erhalt festgesetzt sind. Ich rege an, die Gehölze nicht nur textlich, sondern auch zeichnerisch im Bebauungsplan festzusetzen. Darüber hinaus rege ich an, in den textlichen Festsetzungen aufzunehmen, dass die zum Erhalt festgesetzten Gehölze und Bäume bei Abgang zu ersetzen sind.</p> <p>4. Alle betroffenen Gehölzstrukturen sind während der Bautätigkeiten und des Bauvorhabens gemäß DIN 18920 und RAS-LP 4 vor Beschädigungen im Kronen-, Stamm- und Wurzelbereich zu schützen.</p> <p>5. Als weitere Schutzmaßnahme für eine ordnungsgemäße Umsetzung der naturschutz- und artenschutzfachlichen Maßnahmen, wird der Einsatz einer ökologischen Baubegleitung für erforderlich gehalten.</p> <p>6. Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Schaumburg, in der Entwurfsfassung von 2001, ist als gutachterliches Planwerk hinzuzuziehen. Seine Darstellungen und Aussagen sind im Umweltbericht sowie in der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 107 „Geh- und Radwegebrücke B 65/ Erlengrund zu thematisieren und bedürfen einer vertiefenden Betrachtung.</p> <p>7. Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich der LSG- Verordnung</p>	<p>ungsplan aufgenommen und von der Kommune auf Ebene der Projektplanung berücksichtigt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Die vorhandenen Bäume und Gehölzflächen im Plangebiet sind als Bestandteil des denkmalgeschützten Kurparks durch das Denkmalschutzgesetz geschützt. Für Großbaumfällungen (inkl. Nachpflanzungen) ist eine Genehmigung der Denkmalschutzbehörde in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde notwendig. Eine Festsetzung zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9(1) Nr. 25b BauGB wird somit nicht vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen und von der Kommune auf Ebene der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, der Einsatz einer ökologischen Baubegleitung wird von der Kommune in Auftrag gegeben.</p> <p>Aussagen des aktuellen Landschaftsplans und der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans aus dem Jahr 2001 sowie eine tiefergehende Betrachtung der Auswirkungen der Planung sind in den Umweltbericht und die Begründung eingearbeitet worden.</p> <p>Eine nähere Begründung ist in den Umweltbericht eingearbeitet worden.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Es ist generell darauf zu achten, dass aus Gründen des vorsorgen- den Bodenschutzes baubedingte Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden im Zuge der geplanten Baumaßnahme zu mini- mieren sind. Die im nördlichen Plangebiet anstehenden Böden weisen z.T. deutliche Empfindlichkeiten gegenüber Bodenverdich- tungen auf, sodass eine übermäßige Beanspruchung dieser Böden, z.B. durch ständiges Befahren, vermieden werden sollte. Dies ist ggfls. durch eine bodenkundliche Baubegleitung gemäß DIN 19639 sicher zu stellen. Im Zuge der Baumaßnahmen entstandene Bo- denverdichtungen sind nach Abschluss der Bautätigkeit aufzulo- ckern.</p> <p>Sollte im Zuge der Baumaßnahme der Einsatz von mineralischen Ersatzbaustoffen geplant sein, sind hinsichtlich der Einbauweisen die Vorgaben für die Heilquellenschutzbereiche (HQSG Zone III) der ErsatzbaustoffV und der novellierten Bodenschutz- und Altlas- tenverordnung zu berücksichtigen. Ich empfehle im Hinblick einer zukünftig ggfls. geplanten Umwidmung des Gebietes in die Schutzzone II im Bereich Erlengrund, bereits im Zuge der aktuellen Baumaßnahme auf den Einsatz Mineralischer Ersatzbaustoffe (außer BM-0, BG-0, SKG) zu verzichten.</p> <p>Ich bitte zukünftig bei den „Rechtsgrundlagen der Planung“ auch das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie das Bundes- Bodenschutzgesetz (BBodSchG) aufzuführen.</p> <p>Belange der Wirtschaftsförderung und Regionalplanung</p> <p>Die Stadt Bad Nenndorf hat den Zuschlag zur Ausrichtung der Lan- desgartenschau in Niedersachsen im Jahr 2026 erhalten. In Anleh- nung an ein Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB werden durch die Samtgemeinde Nenndorf und die Stadt Bad Nenndorf</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, der Einsatz einer bodenkundlichen Baubegleitung wird von der Kommune in Auftrag gege- ben. Der Einsatz mineralischer Ersatzbaustoffe ist nicht vorgesehen.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt und die Rechtsgrundlagen um das Wasser- haushaltsgesetz und das Bundes-Bodenschutzgesetz ergänzt.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die „Durchführung der Landesgartenschau Bad Nenndorf 2026 mit den hierfür notwendigen Gestaltungs-, Bau-, und Erschließungsmaßnahmen“ umgesetzt (vgl. Begründung zum Vorentwurf der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Samtgemeinde Nenndorf, S. 7). Neben der Aufstellung der 37. FNP-Änderung werden durch die Stadt Bad Nenndorf drei Bebauungsplanverfahren eingeleitet (Bebauungsplan Nr. 106 „Landschafts- und Wiesenpark“, Bebauungsplan Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B65 /Erlengrund“, Bebauungsplan Nr. 108 „Temporäre Erschließungsanlage Landesgartenschau“).</p> <p>Mit der Aufstellung der Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ „sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung der geplanten Geh- und Radwegbrücke und für die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in Kompensationsflächen geschaffen werden“, um das Gelände der Landesgartenschau weiter in Richtung Süden an die Parkanlage Erlengrund und darüber hinaus an die weiteren Naherholungsgebiete Cecilienhöhe und Deister im Süden anzubinden. (vgl. Begründung zum Bebauungsplan Nr. 107, S. 4).</p> <p>Im Kapitel 3.2 „Landes- und Regionalplanung“ der im Parallelverfahren befindlichen 37. FNP-Änderung wird von der Samtgemeinde Nenndorf erklärt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - mit der Erweiterung des Kur- und Landschaftsparks durch den Wiesenpark eine Weiterentwicklung des Freiraums stattfindet, die den Bewohnerinnen und Bewohnern von Bad Nenndorf und den Kurgästen langfristig auch über die Landesgartenschau hinaus zur Verfügung stehen soll, 	<p>Die wesentlichen standortbezogenen raumordnerischen Erfordernisse sind gemäß den Inhalten der vorliegenden Stellungnahme in der Begründung des Bebauungsplans Nr. 107 ergänzt worden.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<ul style="list-style-type: none"> - durch die Aufwertung der bestehenden Parkanlage das Orts- und Landschaftsbild gesichert und historisch prägende Strukturen wiederhergestellt werden, - durch den Rückbau der temporären Erschließungsanlagen nach Beendigung der Landesgartenschau zum jetzigen Zeitpunkt von keiner dauerhaften Beeinträchtigung der Landschaft ausgegangen wird. <p>Unter Berücksichtigung dieser Planungsziele sind die Maßnahmen zur Realisierung der Landesgartenschau 2026 grundsätzlich dazu geeignet, im Sinne der dem Ortsteil Bad Nenndorf im Regionalen Raumordnungsprogramm 2003 des Landkreises Schaumburg (RROP) zugewiesenen besonderen Entwicklungsaufgabe Fremdenverkehr langfristig die Sicherung und Entwicklung des Fremdenverkehrs zu unterstützen (vgl. RROP Abschnitt D 1.5.07; siehe auch Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2017 (LROP) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 07.09.2022 (Nds. GVBl. Nr. 29/2022, S. 521) Abschnitt 2.1 Ziffer 08).</p> <p>Entsprechend dem RROP Abschnitt D 3.1.07 können die Planungen dazu beitragen, die vorhandenen freizeit- und tourismusrelevanten Infrastruktureinrichtungen qualitativ zu verbessern und zu ergänzen. In diesem Zusammenhang wird der Bau der Geh- und Radwegbrücke als Verbindung zwischen der nördlich der B 65 liegenden Kur- und Landschaftspark und der südlich liegenden Parkanlage Erlengrund und damit an den weiteren Naherholungsgebieten Cecilienhöhe raumordnerisch grundsätzlich befürwortet.</p> <p>Zu den im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B65 /Erlengrund“ zur Realisierung der Landesgartenschau geplanten Festsetzungen sind folgende wesentliche standortbezogene raumordnerische Erfordernisse aufzuzeigen</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Bau der Geh- und Radwegbrücke als Verbindung zwischen dem nördlich der B 65 liegenden Kur- und Landschaftspark und der südlich liegenden Parkanlage Erlengrund und damit den weiteren Naherholungsgebieten Cecilienhöhe raumordnerisch grundsätzlich befürwortet wird.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>und Hinweise zu geben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 107 ist den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes, des Denkmalschutzes, des Immissionsschutzes sowie des Hochwasser- und Trinkwasserschutzes hinreichend Rechnung zu tragen: a) Im Geltungsbereich der Bauleitplanung ist südlich der B 65 ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft im RROP ausgewiesen. In dem Vorranggebiet müssen alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen mit der jeweils festgelegten vorrangigen Zweckbestimmung vereinbar sein; dieses gilt auch für räumliche Entwicklungen in der näheren Umgebung (vgl. RROP Abschnitte D 1.8.01 und D 2.1.10 und Zeichnerische Darstellung). b) Nördlich der B 65 ist im Geltungsbereich der Bauleitplanung ein Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft im RROP festgelegt. In dem Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft sind alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen so abzustimmen, dass dieses Gebiet in seiner Eignung und besonderen Bedeutung möglichst nicht beeinträchtigt wird (vgl. RROP Abschnitte D 1.9.01 und D 2.1.11 und Zeichnerische Darstellung). c) Der Kurpark Bad Nenndorf mit seinen angrenzenden Bereichen ist im RROP als Vorsorgegebiet für Erholung ausgewiesen und in seiner landschaftlichen Vielfalt, Eigenart und Schönheit zu sichern und weiterzuentwickeln (vgl. RROP Abschnitt D 3.8.04). Durch das Plangebiet verläuft ein im RROP ausgewiesener regional bedeutsamer Wan- 	

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>derweg (Europäischer Fernwanderweg Nordsee-Mittelmeer E1; vgl. RROP Abschnitt D 3.6.6.05 und E 3.8.10). Dieser ist bei der Realisierung der Maßnahmen zur Landesgartenschau zu berücksichtigen.</p> <p>d) Der Kurpark Bad Nenndorf zählt laut RROP zu den erhaltenswerten historischen Parkanlagen im Landkreis Schaumburg. Gemäß RROP Abschnitt D 2.1.6.01/02 sind die Eigenart der Landschaftsräume prägende Elemente der historischen Kulturlandschaft zur Wahrung der gewachsenen kulturellen Identität der Region dauerhaft zu sichern und in ihrem Bestand zu erhalten (siehe auch RROP, Abschnitt E 2.6.01/02).</p> <p>e) Die festgesetzten Heilquellenschutzgebiete der Nenndorfer, Algesdorfer und Soldorfer Heilquellen sind im RROP als Vorranggebiete für Trinkwassergewinnung festgelegt. Das Plangebiet liegt vollständig in diesem Vorranggebiet. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen sowohl innerhalb der Gebiete als auch in der näheren Umgebung müssen mit dieser Zweckbestimmung vereinbar sein (vgl. RROP, Abschnitt D 3.9.1.07).</p> <p>f) Bei der Bauleitplanung für die Landesgartenschau ist zu berücksichtigen, dass Bodenversiegelungen durch Verkehrsanlagen so gering wie möglich gehalten werden sollen. Durch die Förderung der Niederschlagsversickerung ist einer Abflussverschärfung und Hochwasserentstehung entgegenzuwirken (vgl. RROP Abschnitt D 3.9.3.04). Der Eintrag von Schad- und Nährstoffen in die Gewässer soll vermieden oder soweit wie möglich verringert werden</p>	<p>Durch den Bebauungsplan Nr. 107 werden nur im Bereich des Brückenbauwerks punktuell Flächen neu versiegelt. Auf dem Großteil der Flächen bleibt eine Versickerung von Niederschlagwasser nach wie vor möglich. Die Entwässerung des Brückenbauwerks erfolgt in die Seitengräben der B 65.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>(vgl. RROP, Abschnitt D 2.3.02).</p> <p>Der zur hinreichenden Berücksichtigung der vorgenannten Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, des Immissionsschutzes sowie der Wasserwirtschaft erforderliche Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung sowie die notwendigen Fachverfahren und Maßnahmen sind mit den zuständigen Fachbehörden - insbesondere der unteren Naturschutzbehörde, untere Denkmalschutzbehörde, unteren Wasserbehörde und unteren Immissionsschutzbehörde - im Einzelnen weiter abzustimmen.</p> <p>Belange des Immissionsschutzes</p> <p>Zu der vorgelegten Planung werden aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.</p> <p>Belange des Bauordnungsrechtes</p> <p>Gegen das o.g. Bauleitplanverfahren bestehen aus bauordnungsrechtlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Belange des Denkmalschutzes</p> <p><u>Baudenkmalpflege</u></p> <p>Innerhalb des Plangebietes befinden sich Bereiche des Kurparks Bad Nenndorf, der als Einzeldenkmal gemäß § 3 Abs. 2 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) innerhalb der</p>	<p>Im Rahmen der vier Bauleitplanverfahren findet eine intensive Abstimmung mit den genannten Fachbehörden statt.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und in die Begründung eingearbeitet.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Gruppe baulicher Anlagen „Baukomplex Kuranlage“ der Gesamtheit der Kur- und Badeanlagen gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 NDSchG im Verzeichnis der Kulturdenkmale eingetragen ist.</p> <p>Die in der Planzeichnung als „öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage mit bestehenden und geplanten Wegeverbindungen“ dargestellten Flächen sind als Baudenkmal (Einzeldenkmal gemäß § 3 Abs. 2 NDSchG und Gruppe baulicher Anlage gemäß § 3 Abs. 3 DSchG) nachrichtlich gemäß § 9 Abs. 6 BauGB in den Plan zu übernehmen. Der denkmalgeschützte Kurpark ist in der Planzeichnung zu kennzeichnen und in der Planzeichenerklärung sowie in der Begründung entsprechend zu erläutern.</p> <p>Entsprechend sind auch die Ausführungen zu den Bau- und Bodendenkmalen sowie zu den Kultur- und sonstigen Sachgütern im Umweltbericht zu korrigieren.</p> <p>Für das geplante Brückenbauwerk innerhalb der denkmalgeschützten Kuranlagen ist nach § 10 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) im Rahmen der Baugenehmigung eine denkmalrechtliche Genehmigung einzuholen. An die gestalterische Ausformung der Geh- und Radwegbrücke werden aus denkmalrechtlicher Sicht hohe Anforderungen zu stellen sein. Die architektonische Gestaltung des neuen Baukörpers einschließlich der verwendeten Materialien unter Berücksichtigung des größtmöglichen Erhalts des historischen Baumbestandes ist deshalb im Rahmen der weiteren Planungen frühzeitig mit der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) abzustimmen.</p> <p><u>Bodendenkmalpflege</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Das Einzeldenkmal Kurpark Bad Nenndorf wird in dem Bebauungsplan nachrichtlich übernommen und in der Begründung entsprechend erläutert.</p> <p>Die Stadt Bad Nenndorf steht im engen Austausch mit den entscheidenden Fachbehörden. Eine denkmalrechtliche Genehmigung wird bis zum Satzungsbeschluss eingeholt.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Die vorliegende Begründung und Planzeichnung des Bebauungsplanes berücksichtigen die Belange der archäologischen Denkmalpflege ausreichend, so dass keine weiteren Hinweise oder Ergänzungen vorgebracht werden.</p> <p>Belange des Planungsrechtes</p> <p>Aus der Sicht des Planungsrechtes werden keine Anregungen vorgebracht.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Hinweise oder Ergänzungen zur vorliegenden Planung hervorgebracht werden. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen zur vorliegenden Planung hervorgebracht werden. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen wird im Wesentlichen, wie oben dargelegt, gefolgt. Inhaltliche Ergänzungen sind in der Begründung sowie im Umweltbericht und auf der Planzeichnung vorgenommen worden. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein weiterer Handlungsbedarf.</p>
Nr. 25	Landwirtschaftskammer Niedersachsen – Bezirksstelle Hannover Stellungnahme vom 30.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„zu den genannten Planungen werden aus Sicht der von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zu vertretenden öffentlichen und fachlichen Belange keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen. Der Verlust landwirtschaftlicher Produktionsfläche wird uns grundsätzlich kritisch gesehen. Bei externer Kompensation ist möglichst auf eine zusätzliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen zu verzichten und andere Möglichkeiten sind vorzuziehen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 25	Landwirtschaftskammer Niedersachsen – Bezirksstelle Hannover Stellungnahme vom 30.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Bereits jetzt ein Hinweis zur temporären Parkfläche: Bei ihrer Errichtung und ihrem Betrieb sind die Grundlagen des Bodenschutzes, besonders zur Minimierung von Verdichtungen, zu beachten. Die Wiedernutzbarmachung als landwirtschaftliche Nutzfläche nach Ende der Landesgartenschau darf zu keiner Verschlechterung des jetzigen Zustandes führen.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und durch die Kommune bzw. die Landesgartenschau Bad Nenndorf gGmbH in der Projektplanung berücksichtigt. Die Umsetzung baulicher Maßnahmen erfolgt unter ökologischer und bodenkundlicher Baubegleitung. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 29.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„die vorgelegte Bauleitplanung berührt die von hieraus zu vertretenden Belange der Bundesstraße 65 in erheblichem Maße! Die Stadt Bad Nenndorf hat folgerichtig mein Haus schon sehr frühzeitig im Rahmen der Überlegungen für die Landesgartenschau eingebunden.</p> <p>Zu den vorgelegten Beteiligungsunterlagen nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>In der Einführung zur Begründung des Bebauungsplanes wird derzeit erläutert, dass seit längerem der Ausbau der Bundesstraße 65 mit einer 2+1-Verkehrsführung geplant ist. Es handelt sich hierbei allerdings nicht um eine Planung der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist folgerichtig auch nicht im Bundesverkehrswegeplan des Bundes enthalten. Die Planungen zu einem 2+1 Ausbau im Bereich des</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 29.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Landkreises sind Bestrebungen des Landkreises Schaumburg, sie werden von der Straßenbauverwaltung lediglich fachlich begleitet. Wann und ob eine solche Planung im betrachteten Bereich realistisch umsetzbar ist, lässt sich derzeit in keiner Weise absehen. Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Vorfeld mit der Stadt Bad Nenndorf dargelegt und abgestimmt, dass die Veranlassung für den Bau und den Betrieb dieser Geh- und Radwegbrücke über die B 65 und der zugehörigen Anschlüsse, einschließlich der Straßenbaulast (u.a. Verkehrssicherungspflicht, Unterhaltungspflicht und Erneuerung), sowie die gesamte Kostentragung ausschließlich bei der Stadt Bad Nenndorf liegen.</p> <p>Es handelt sich straßenrechtlich gesehen um die Änderung der höhengleichen Kreuzung eines tatsächlich öffentlich genutzten Weges mit einer Bundesstraße in eine höhenungleiche Kreuzung. Zwischen den beteiligten Kreuzungspartnern ist eine entsprechende Vereinbarung nach § 3 der Straßenkreuzungsrichtlinien (StraKR) abzuschließen, die die Tragung der Kosten und die sonstigen Rechtsbeziehungen der Kreuzungspartner regelt.</p> <p>Mit der Kreuzungsmaßnahme untrennbar verbunden ist die Lage der neuen Verkehrsanlage in der Bauverbots- und der Baubeschränkungszone der Bundesstraße (§ 9 (1) Bundesfernstraßengesetz (FStrG)). Ich bitte zur Klarstellung unabhängig von der Kreuzungsmaßnahme die geltenden Bau- und Erschließungsverbote des § 9 (1) FStrG in die Festsetzungen des Bebauungsplanes nachrichtlich zu übernehmen.</p> <p>Die im Zuge der Vorabstimmungen besprochenen freizuhaltenden Lichtraumprofile und die Hinweise auf die Berücksichtigung einer grundsätzlichen Machbarkeit eines späteren 2+1-Ausbaues der</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Vereinbarung nach § 3 der Straßenkreuzungsrichtlinien wird zwischen der Kommune und der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr abgestimmt und abgeschlossen.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt und die Bau- und Erschließungsverbote des § 9(1) FStrG nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 29.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Bundesstraße 65 sind bereits in die vorgelegte Begründung zum Bebauungsplan eingeflossen.</p> <p>Bei der Brückenentwurfsplanung der Stadt ist seitens des Straßenbaulastträgers der Bundesstraße die Wahrung der Anforderungen an die Sicherheit und Leichtigkeit des Bundesstraßenverkehrs von Belang.</p> <p>Die Brückenentwurfsplanung ist vor diesem Hintergrund weiterhin eng und einvernehmlich mit meinem Sachgebiet „Bauwerksplanung, Erhaltung und Bau von Ingenieurbauwerken“, hier mit dem Leiter des Sachgebietes, [REDACTED], abzustimmen.</p> <p>Eine richtlinienkonforme Planung und Umsetzung der straßenbaulichen Maßnahme wird von hieraus vorausgesetzt. Mit Blick auf die derzeit dargelegten Entwurfsparameter des geplanten Rad-/Gehweges im Zuge der Straßenkreuzung in Lage und Höhe verweise ich in diesem Zusammenhang auf die Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen (EFA), hier insbesondere auf die Hinweise unter Punkt 3.1.2.5 und die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA), hier insbesondere auf die Hinweise unter Punkt 2.2.3.</p> <p>Gemäß § 8 (10) FStrG ist für den späteren Anschluss der Entwässerung der Brückenanlage an die Entwässerungseinrichtungen der Bundesstraße ein privatrechtlicher Nutzungsvertrag mit meinem Haus abzuschließen. Ein entsprechender Antrag ist zu gegebener Zeit in meinem Haus zu stellen.</p> <p>Bei der B 65 handelt es sich im betrachteten Abschnitt um eine Bedarfsumleitung der Bundesautobahn 2 (A 2). Die Bedarfsumleitung besteht hier für beide Richtungsfahrbahnen der A 2. Die für</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine enge Abstimmung zwischen der Kommune und dem Leiter des Sachgebiets „Bauwerksplanung, Erhaltung und Bau von Ingenieurbauwerken“ erfolgt fortlaufend im Verfahren und in der Projektplanung.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, durch die Kommune in der Projektplanung berücksichtigt und an den Fachplaner des Brückenbauwerks weitergegeben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und ein Antrag zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtungen der Bundesstraße von der Kommune an die Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, eine Abstimmung mit der zuständigen Autobahn GmbH wird durch die Kommune vorgenommen.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 29.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>die Autobahnen zuständige Autobahn GmbH des Bundes ist mit Blick auf die sinnvolle Koordinierung möglicher Baustellenvorhaben auf der Autobahn während der Bauphase der Geh-/Radwegbrücke eng und frühzeitig einzubinden.</p> <p>Weitere Hinweise und Anregungen sind derzeit zur vorbereiten den Bauleitplanung nicht vorzubringen.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Hinweise und Anregungen vorgebracht werden.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen wird im Wesentlichen, wie oben dargelegt, gefolgt. Inhaltliche Ergänzungen sind in der Begründung und auf der Planzeichnung vorgenommen worden. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein weiterer Handlungsbedarf.</p>
Nr. 31	Nowega GmbH Stellungnahme vom 21.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Im Bereich Ihrer Maßnahme/Planung betreibt die Nowega GmbH keine Anlagen, zurzeit bestehen auch keine Planungsabsichten.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>E-Mail vom 31.07.2023</u></p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Pla-</p>

Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p data-bbox="264 309 1070 448">„wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul data-bbox="264 456 1070 927" style="list-style-type: none"> • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf: Erdgasspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn <p data-bbox="264 967 1070 1106">Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p> <p data-bbox="264 1145 1070 1321">Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p data-bbox="264 1361 1070 1402">Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan mar-</p>	<p data-bbox="1093 272 2013 339">nung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

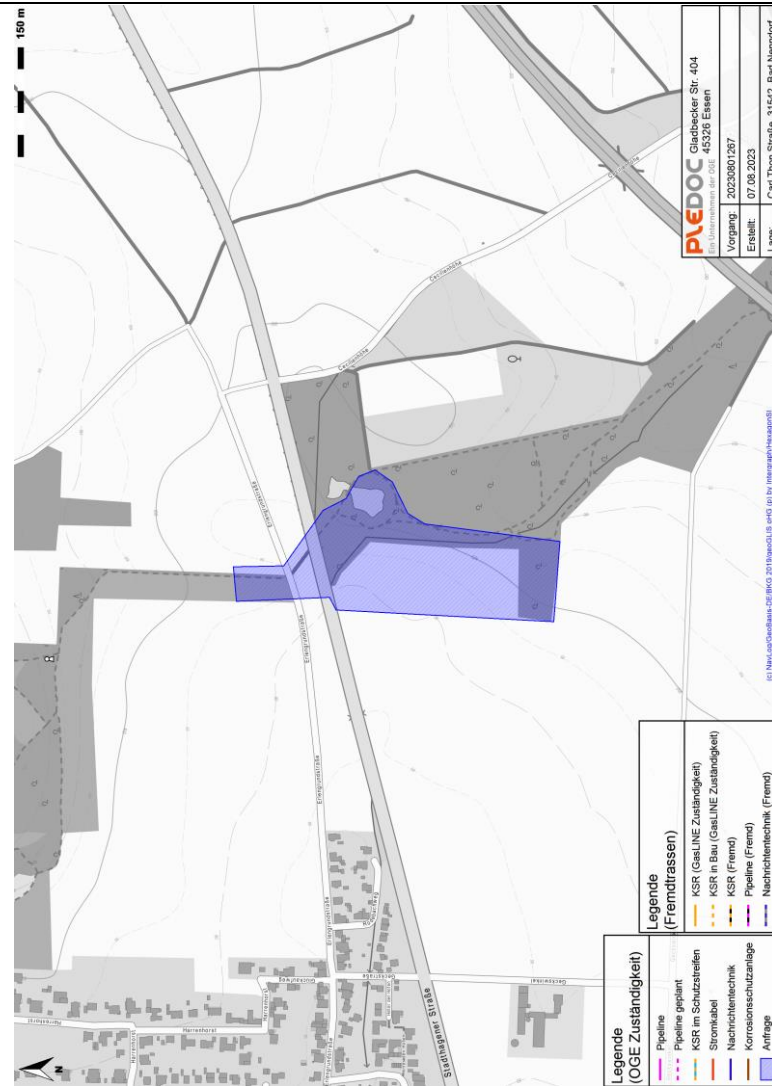
Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>kierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.“</p>	

Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p data-bbox="264 272 456 309"><u>07.08.2023 (BIL)</u></p> <p data-bbox="264 344 1070 485">„wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul data-bbox="264 520 1070 932" style="list-style-type: none"> <li data-bbox="264 520 763 557">• OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen <li data-bbox="264 560 719 596">• Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen <li data-bbox="264 600 1070 676">• Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg <li data-bbox="264 679 1070 756">• Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen <li data-bbox="264 759 1070 820">• Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen <li data-bbox="264 823 1070 900">• Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund <li data-bbox="264 903 936 932">• Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen <p data-bbox="264 967 1070 1043">Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.</p> <p data-bbox="264 1046 1070 1107">Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p data-bbox="264 1142 1070 1219">Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.“</p>	<p data-bbox="1093 272 2011 381">Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 32

PLEdoc GmbH
Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)

Stellungnahme der Verwaltung



Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 31.07.2023 (E-Mail) und 07.08.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 33	Region Hannover – Fachbereich Planung und Raumordnung Stellungnahme vom 28.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„zu dem Bebauungsplan Nr. 107 (mit ÖBV) „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ der Stadt Bad Nenndorf bestehen aus der Sicht der Region Hannover als Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 27.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Der Beirat hat erhebliche Einwände zu Punkt 4.1 (Plankonzept) bezüglich der Barrierefreiheit. Die Äußerungen des StD zu TOP 8 im Bauausschusses vom 13.06.2023 dahingehend, dass die Brücke zwar für Radfahrer barrierefrei, für Fußgänger lediglich „barrierearm“ sei, ist nicht akzeptabel.</p> <p>Es handelt sich bei diesem Vorhaben um eine völlige Neuerrichtung einer Geh- und Radwegbrücke. Im Fall eines Neubaus dürfen keinesfalls auf Kosten der Barrierefreiheit und Sicherheit für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigung Kompromisse eingegangen werden. Bei der Planung und Gestaltung der Brücke dür-</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass erhebliche Bedenken bezüglich der Barrierefreiheit vorliegen.</p> <p>Durch das beauftragte Architekturbüro KRP sind auf Basis des Trassenverlaufs der Variante C verschiedene Rampenlängen mit Blick auf die Ausgestaltung einer barrierefreien oder barrierearmen Geh- und Radwegbrücke untersucht worden. Die Rampenlänge wird jeweils vom Eckpunkt des Lichtraumprofils (4,70 m lichte Höhe oberhalb der B 65) bis zum Schnittpunkt</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 27.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>fen keine Abwägungen zu Lasten der Sicherheit und Barrierefreiheit getroffen werden.</p> <p>In Bezug auf die Barrierefreiheit ist es von höchster Bedeutung, dass die Brücke so gestaltet wird, dass sie für Menschen mit Beeinträchtigungen, Senioren und andere mobilitätseingeschränkte Personen ohne Schwierigkeiten nutzbar ist. Dazu gehören auch die unter 4.1 (Plankonzept) zwar ausgeschlossenen Zwischenpodeste der Rampen. Hierzu verweisen wir auf die DIN 18040-3.</p>	<p>mit dem Gelände gemessen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für die erste „Variante N01“ mit einer durchgängigen Neigung von 3 % wäre eine Entwicklungslänge der nördlichen Rampe von ca. 204,60 m und der südlichen Rampe von ca. 148,30 m erforderlich. Infolge der großen Entwicklungslängen und einer damit einhergehenden hohen Flächeninanspruchnahme sowie der vorherrschenden Eigentumsverhältnisse ist die Umsetzung dieser Variante nicht möglich. Mehrkosten bei dieser Variante im Vergleich zur dritten Variante belaufen sich aufgrund der Rampenlänge auf ca. 1,78 Mio. €. ▪ Für die zweite „Variante N02“ mit einer durchschnittlichen Steigung von 4,85 % mit Podest wird eine Entwicklungslänge der nördlichen Rampe von ca. 128,05 m und der südlichen Rampe von ca. 114,00 m erforderlich. Diese Variante erfordert aufgrund der Platzverhältnisse eine Fällung von zusätzlich zwei Bäumen, weshalb von dieser Variante abgesehen werden soll. In dieser zweiten Variante betragen die Mehrkosten im Vergleich zur dritten Variante aufgrund der Rampenlänge ca. 0,45 Mio. €. ▪ Für die dritte „Variante N03“ mit einer durchgängigen Neigung von 6 % der Rampenanlage ist eine Entwicklungslänge der nördlichen Rampe von ca. 103,61 m und der südlichen Rampe von ca. 101,30 m erforderlich. Diese Variante ist in Anlehnung an die ERA (Empfehlung für Radverkehrsanlagen) und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten entwickelt worden. <p>Zu berücksichtigen in der Entscheidung der Variantendiskussion ist die Topographie der Flächen, die durch das Brückenbauwerk miteinander verbunden werden sollen. Die Querungssituation befindet sich in einer Senke</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 27.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Die Brücke dient sowohl Fußgängern als auch Radfahrern. Um</p>	<p>zwischen dem Galenberg und dem Deister. Ausgehend vom Stadtzentrum Bad Nenndorfs erreicht man die Querung auf direktem Weg durch den Kurpark über die Bubikopfallee bzw. eine parallel verlaufende Wegeführung. Die geplante Geh- und Radwegbrücke kann über diese Wegeverbindung nicht barrierefrei erreicht werden. Auf einer Länge von knapp 250 m vom nördlichen Ende bis zum südlichen Ende der Bubikopfallee liegt eine durchgehende Neigung von über 10 % vor. Erst im südlichen Bereich, Anschlusssituation zur Erlengrundstraße hin zur Querungssituation, ergeben sich im Bestand geringere Steigungsniveaus von etwa 5 %. Auf der Südseite der B 65 sind im Bereich der Erlengrundteiche keine größeren Steigungen zu überwinden, weiter südwärts im Anschluss an den Deister sowie über die Feldwege nach Rodenberg sind dann wiederum nicht barrierefreie Wegeverbindungen zu nutzen.</p> <p>Anlässlich der örtlichen Gegebenheiten hat sich die Stadt Bad Nenndorf gegen eine barrierefreie Umsetzung der Geh- und Radwegbrücke über die B 65 entschieden. Es erfolgt eine Orientierung an den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, eine vollumfängliche Umsetzung der Richtlinie ist jedoch aufgrund der Topographie sowie der Verfügbarkeit von Flächen im Projektgebiet nicht möglich. Die Umsetzung der Brückenrampen mit einer durchgängigen Steigung von 6 % bei jeweiligen Rampenlängen von knapp 100 m ist daher die festgelegte Planungsgrundlage. Darüber hinaus würde eine Verlängerung der Rampen für die Schaffung von Barrierefreiheit oder einer ERA-konformen Umsetzung immense Mehrkosten bedeuten. Auch die Besitzverhältnisse spielen hier eine Rolle, sodass zumindest die barrierefreie Umsetzung aufgrund der fehlenden Flächen in städtischem Besitz nicht realisiert werden kann. Ein Ankauf weiterer Flächen ist nicht möglich und wäre zudem erneut mit großen Mehrkosten verbunden. Zudem würde die Verlängerung der Rampe zu Gunsten einer Barrierefreiheit/ERA-Konformität einen weiteren Eingriff in den sensiblen Naturraum vor Ort bedeuten.</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 27.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Gefahren durch Radfahrer zu minimieren, scheint ein Fahrverbot für Radfahrer erforderlich um Kollisionen zwischen Fußgängern, besonders mit Menschen mit Mobilitätseinschränkung zu vermeiden.</p> <p>Insgesamt sollte die Brücke als ein Symbol der Zugänglichkeit, Sicherheit und Integration konzipiert werden. Ein solcher Neubau bietet die Chance, eine moderne Infrastruktur zu schaffen, die den Bedürfnissen einer vielfältigen Bevölkerung gerecht wird und gleichzeitig höchste Standards in Bezug auf Barrierefreiheit und Sicherheit erfüllt.</p> <p>Der Beirat erwartet, dass die hier vorgebrachten Anforderungen auch schon im Vorentwurf dargestellt werden, damit sie auch in der Detailplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Sobald die Detailplanungen vorliegen wird dazu auch noch detailliert Stellung bezogen.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Regelung eines Fahrverbots ist im Rahmen des planfeststellungsersetzenden Bebauungsplans nicht möglich. Ob ein Fahrverbot für Radfahrer vorgegeben werden soll, ist auf der Umsetzungsebene abzustimmen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Stellungnahme wird im Rahmen der Bauleitplanung nicht gefolgt. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf auf Ebene der Bauleitplanung.</p>
Nr. 39	TenneT TSO GmbH Stellungnahme vom 28.07.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„in der angegebenen Örtlichkeit befinden sich keine Versorgungsanlagen unserer Gesellschaft.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 39	TenneT TSO GmbH Stellungnahme vom 28.07.2023	Stellungnahme der Verwaltung
		<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 41	Vodafone Niederlassung Nord Stellungnahme vom 25.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 42	Wasserverband Nordschaumburg Stellungnahme vom 28.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Sie beteiligen uns als Träger der öffentlichen Trinkwasserversorgung an dero.g. Bauleitplanung und bitten um Stellungnahme.</p> <p>Zu den Zielen und Zwecken des Bebauungsplanes Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ der Stadt Bad Nenndorf haben wir keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>

Nr. 44	Wintershall Dea GmbH Stellungnahme vom 07.08.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Maßnahme und nehmen hierzu wie folgt Stellung:</p> <p>In unserem Eigentum befindliche Bohrungen oder Anlagen sind von der Maßnahme nicht betroffen. Es bestehen keine Bedenken bzgl. der Durchführung des Vorhabens.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>

**B.2 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gemäß § 4(2) sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2(2) BauGB**

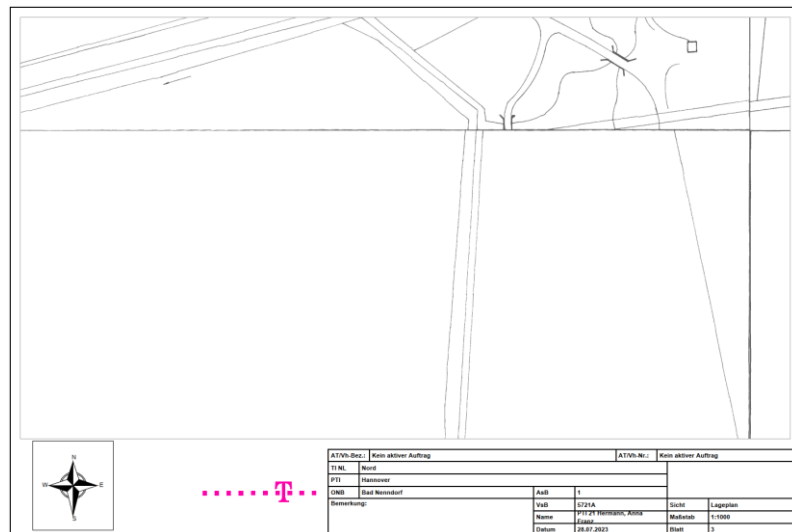
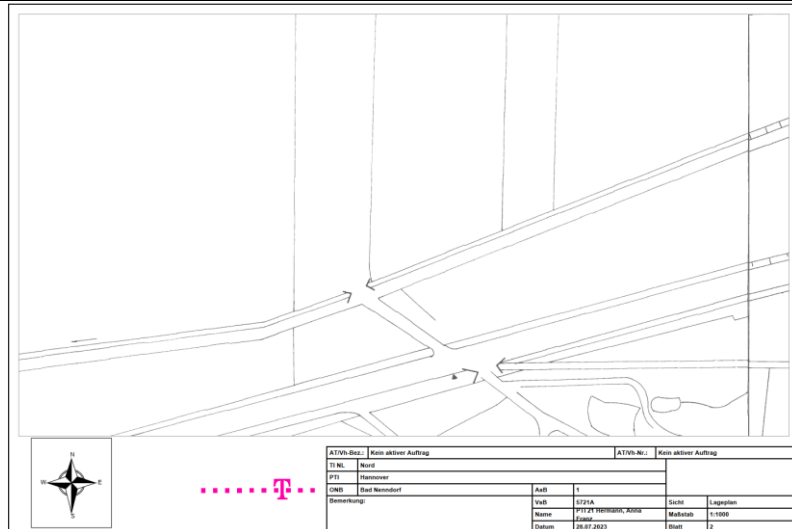
„die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Durch den Bebauungsplan Nr. 107 Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund, Stadt Bad Nenndorf werden die Interessen der Telekom zurzeit nicht berührt.

Gegen die geplanten Maßnahmen bestehen somit von unserer Seite keine Bedenken.“

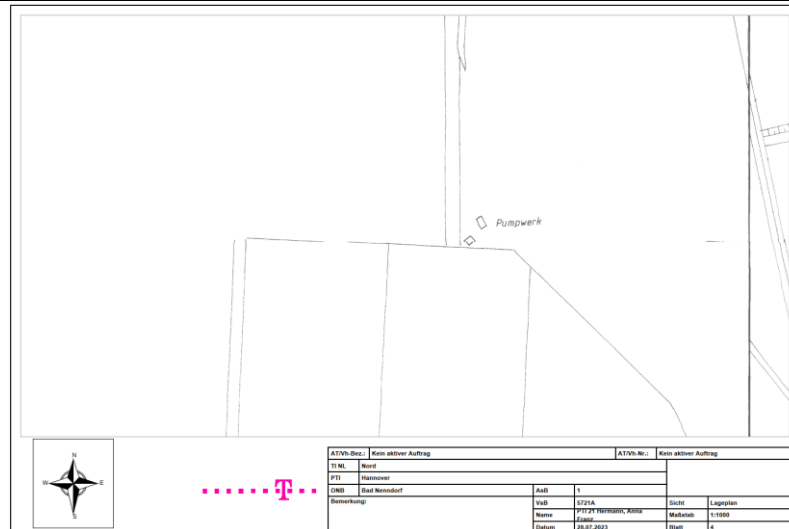


Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.



Nr. 8

Deutsche Telekom Technik GmbH
Stellungnahmen vom 18.12.2023



Stellungnahme der Verwaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.

Nr. 9

Exxon Mobil Production Deutschland GmbH
Stellungnahmen vom 24.11.2023 (E-Mail) und 22.11.2023 (BIL)

E-Mail vom 24.11.2023

„wir schreiben Ihnen im Auftrage der BEB Erdgas und Erdöl GmbH, der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und der Norddeutschen Erdgas-Aufbereitungs-Gesellschaft mbH (NEAG) und danken für die Beteiligung in o.g. Angelegenheit.

Wir möchten Ihnen mitteilen, daß Anlagen oder Leitungen der

Stellungnahme der Verwaltung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.

Nr. 9	Exxon Mobil Production Deutschland GmbH Stellungnahmen vom 24.11.2023 (E-Mail) und 22.11.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>oben genannten Gesellschaften von dem angefragten Vorhaben nicht betroffen sind.“</p> <p><u>22.11.2023 (BIL)</u></p> <p>„die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr.</p> <p>Wir danken Ihnen für die Beteiligung in der o.g. Angelegenheit und möchten Ihnen mitteilen, dass Anlagen oder Leitungen der genannten Gesellschaften von dem angefragten Vorhaben nicht betroffen sind.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 10	Gascade Gastransport GmbH Stellungnahme vom 06.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH sowie NEL Gastransport GmbH.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 10	Gascade Gastransport GmbH Stellungnahme vom 06.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Für Kompensationsmaßnahmen muss sichergestellt sein, dass diese unsere Anlagen nicht beeinträchtigen und nicht im Schutzstreifen unserer Anlagen stattfinden werden. In Ihren Unterlagen wird darauf hingewiesen, dass für die vollständige Kompensation externe Flächen in Anspruch genommen werden. Um für diese externen Kompensationsflächen eine Stellungnahme abgeben zu können, sind uns entsprechende Planunterlagen zu übersenden. Eine Auflistung der Flurstücke in der Begründung oder im Umweltbericht ist nicht ausreichend.</p> <p>Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In Ergänzung zum vorliegenden Bauleitplanverfahren ist eine Abfrage der Kompensationsfläche „Tiefer Bruch“ (Flurstück 52, Flur 1, Gemarkung Bad Nenndorf) über die Leitungsauskunft BIL eG erfolgt, mit dem Ergebnis, dass von der Gascade Gastransport GmbH keine Leitungen in der Kompensationsfläche liegen. Eine Betroffenheit kann somit ausgeschlossen werden. Zusätzlich wird zur Klarstellung unter den Hinweisen zum Bebauungsplan eine Karte mit einer räumlichen Verortung der externen Kompensationsfläche aufgenommen. Ein weiterer Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung zur weiteren Abfrage bzgl. der externen Kompensationsfläche wurde gefolgt. Im Zuge der Bauleitplanung besteht kein weiterer Handlungsbedarf.</p>
Nr. 13	Kreishandwerkerschaft Niedersachsen-Mitte Stellungnahme vom 05.12.2023 (2 E-Mails)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Es bestehen keine Einwände.“</p> <p>„Auch in diesem Fall bestehen keine Einwände.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>

Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 15.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Altbergbau</p> <p><u>Nachbergbau Themengebiet Grubenumrisse Altbergbau</u> Laut den hier vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen liegt das genannte Verfahrensgebiet nicht im Bereich von historischem Bergbau.</p> <p>Baugrund</p> <p>Im Untergrund des Standorts stehen bereits nahe der Geländeoberfläche lösliche Sulfatgesteine aus dem Oberen Jura (Malm, Münder Mergel) an, in denen mitunter Auslaugung stattfindet und Verkarstung auftreten kann. Im näheren Umfeld des Standorts sind bisher keine Erdfälle bekannt.</p> <p>Formal ist dem Standort die Erdfallgefährdungskategorie 3 zuzuordnen (gem. Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Bau-maßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, Az. 305.4 - 24 110/2 -). Die vom LBEG hinsichtlich der Erdfallgefährdung standardisiert empfohlenen konstruktiven Sicherungsmaßnahmen beziehen sich auf Wohngebäude und sind für die Planungen im vorliegenden Fall nur eingeschränkt anwendbar. Wir empfehlen, bei den Baugrunderkundungen insbesondere auf Sulfatgesteine oder Hinweise auf Subrosion zu achten. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der Baugrunderkundungen, ist gegebenenfalls die Gründung der geplanten Geh- und Radwegbrücke so anzupassen, dass mögliche Erdfälle durch die Gründungskonstruktion schadlos aufgenommen werden können bzw. die Gebrauchstaug-</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ergänzend zu den vorliegenden Baugrunderkundungen verweist das Ingenieurbüro Schütte & Dr. Moll GmbH (ISM) auf eine Einstufung der Gefährdungsklasse GK 2 (nächster Erdfall > 1.000 m entfernt), sodass keine Maßnahmen erforderlich sind. Aus Sicht des Ingenieurbüros gibt es voraussichtlich keine zusätzlichen Maßnahmen, die zum Schutz des Brückenbauwerks vor möglichen Erdfällen getroffen werden können. Wenn sich ein Erdfall im unmittelbaren Bereich eines Fundaments auftut, sackt dieses um ein Maß ab, das nicht aufgefangen werden kann. Die Annahme größerer zu erwartender Setzungsdifferenzen hilft an dieser Stelle nicht weiter.</p>

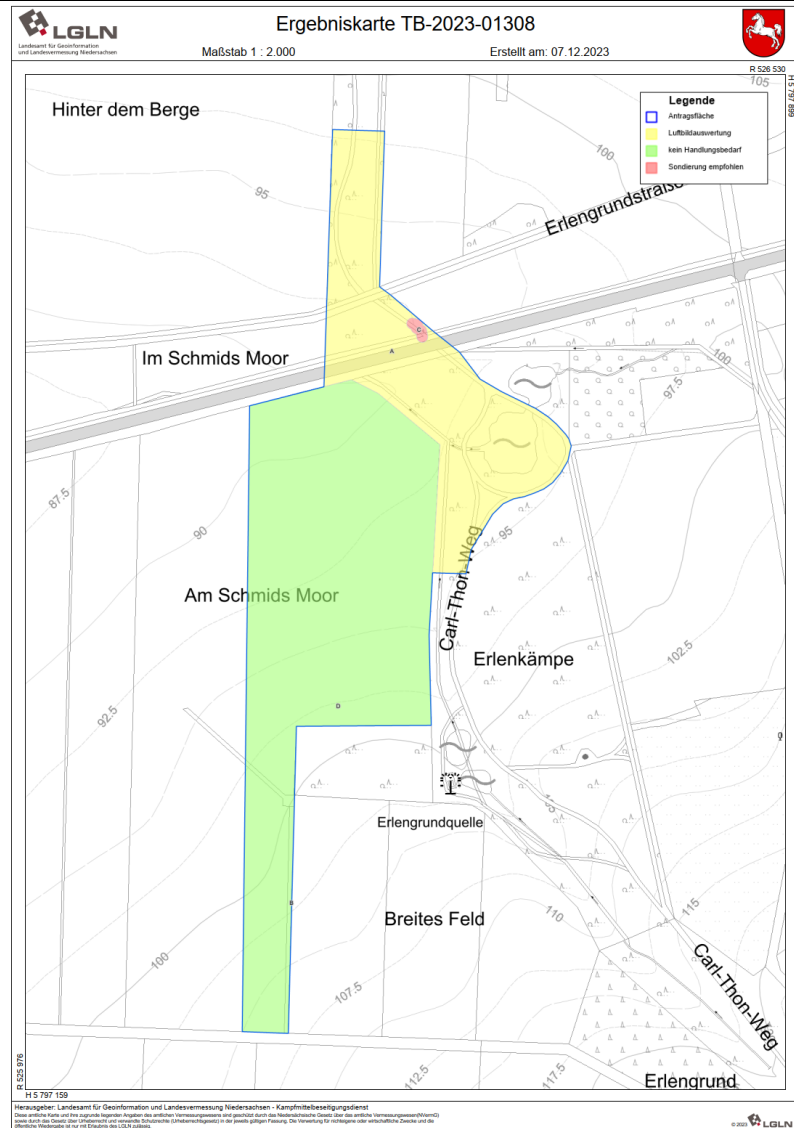
Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 15.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>lichkeit des Bauwerkes dauerhaft sichergestellt ist. Weiterführen- de Informationen dazu unter www.lbeg.niedersachsen.de > Geo- logie > Geogefahren > Subrosion > Hinweise zum Umgang mit Subrosionsgefahren.</p> <p>Im Zuge der Planung von Baumaßnahmen verweisen wir für Hin- weise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS Kartenserver: Thema Ingenieurgeologie . Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen er- setzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Hinweise</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vo- rausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die ver- fügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpre- tieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellung- nahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilli- gungen oder objektbezogene Untersuchungen.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Gemäß dem Ingenieurbüros ISM, dass die Baugrunderkundungen durchgeführt hat, sind die DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassun- gen berücksichtigt worden.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Hinweise oder Anre- gungen zur Planung vorgebracht werden. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 17	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 15.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht kein weiterer Handlungsbedarf.</p>
Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 07.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und von der Kommune auf Ebene der Projektplanung berücksichtigt. Weitere Maßnahmen zur Gefahrenerforschung werden parallel zum Bauleitplanverfahren durch die Kommune als Behörde der Gefahrenabwehr abgestimmt.</p> <p>Weitere Untersuchungen in der Fläche C sind vorgenommen worden. Hier verhinderte die geschotterte Wegeverfestigung mit vermutlicher Bauschutteinlagerung die vollständige Detektion der gesamten Fläche. Aus diesem Grund kam es zur Störung der östlichen Detektionsfläche, die Westfläche ist freigegeben worden. Für den östlichen Bereich ist bei der Sondierung der Verdachtsflächen eine Suchschachtung nach einer Quelleitung durchgeführt worden. Diese war erfolglos. Die Quelleitung muss somit außerhalb des Projektbereichs verlaufen. Eine kampfmittelrelevante Baubegleitung dieses Bereichs ist nur bei geplanten Bodeneingriffen erforderlich.</p> <p>Dem Fachbüro, welches die o. g. Untersuchungen durchgeführt hat, liegt gebietsabdeckendes alliierter Aufklärungsluftbildmaterial vor, aus dem hervorgeht, dass sich nachgewiesene mögliche Gefährdungen auf die potenzielle Restgefährdung aus 15 einzelnen Splitterschutz- und Deckungsgräben entlang der ehemaligen Reichsstraße 6 (heute B 65) jeweils nördlich und südlich gleichmäßig verteilt ergeben.</p>

Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 07.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Die Bearbeitungszeit für Luftbilddauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 26 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbilddauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können: https://lgl.n-kbd.niedersachsen.de/startseite/allgemeine_informationen/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-207479.html.“</p> <p>Anlagen 1 Kartenunterlage(n)</p> <p><u>Empfehlung: Luftbilddauswertung</u></p> <p><u>Fläche A</u></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p>	<p>Es wird nicht davon ausgegangen, dass in der restlichen Fläche A weitere Kampfmittel vorliegen, darüber hinaus sind weiter im Süden in Richtung Erlengrund und in Norden Richtung Bubikopfallee keine weiteren Bodeneingriffe durch die vorliegende Planung vorgesehen.</p> <p>Für den südwestlichen Geltungsbereich (Fläche B und D) ist eine Luftbilddauswertung durch das LGLN durchgeführt worden (v. 03.11.2023). Hier wurde der allgemeine Verdacht für die Fläche B nicht bestätigt. Lediglich wird hier auf Sondierungsbedarf an einem ehem. Schützenloch direkt an der B65 hingewiesen. Die Stadt Bad Nenndorf würde, sofern Bodeneingriffe in diesem Bereich vorgesehen sind, für diese Stelle Sondierungen veranlassen.</p>

Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 07.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>Fläche B</u></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p><u>Empfehlung: Sondierung</u></p> <p><u>Fläche C</u></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird eine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht ein begründeter Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p>Hinweis: Hinsichtlich der erforderlichen Gefahrenforschungmaßnahmen wenden Sie sich bitte an die örtlich zuständige Gefahrenabwehrbehörde (Stadt oder Gemeinde). Diese wird über das Ergebnis der Auswertung in Kenntnis gesetzt.</p> <p><u>Empfehlung: Kein Handlungsbedarf</u></p>	

Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 07.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>Fläche D</u></p> <p>Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.</p> <p>Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p>Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p>Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p>Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.</p> <p>Hinweise:</p> <p>Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden.</p> <p>Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsens bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.</p> <p>Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.“</p>	



Nr. 20	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover – Kampfmittel Stellungnahme vom 07.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
		Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.
Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„auf Ihre Anforderung vom 22.11.2023 erhalten Sie zum oben genannten Bauleitplanverfahren nachstehende Stellungnahme hinsichtlich der von Seiten des Landkreises Schaumburg zu vertretenden öffentlichen Belange:</p> <p>Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes</p> <p>Zu o. g. Bebauungsplan wurde bereits mit Schreiben vom 25.08.2023 Stellung genommen. Weitere Anregungen und Bedenken haben sich zwischenzeitlich nicht ergeben.</p> <p>Belange des Straßenverkehrs</p> <p>Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken.</p> <p>Belange des Naturschutzes</p> <p>1. Die gemäß Umweltbericht verbindlich eingesetzte ökologische Baubegleitung (ÖBB) ist der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) namentlich zu benennen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen und Bedenken zusätzlich zur Stellungnahme vom 25.08.2023 vorliegen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Für die vorbereitenden baulichen Maßnahmen wird die ökologische Baubegleitung durch Herrn Fürstenau (Fachagrarwirt Baumpflege/Baumsanierung) von der Stadtverwaltung Bad Nenndorf vorgenommen. Die ökologi-</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Aufgrund der Größe der Baustelle und der Lage in teilweise naturschutzfachlich sehr sensiblen Bereichen, ist der Kontakt für einen fortwährenden Austausch zwischen der UNB und der ÖBB herzustellen. Die ÖBB ist mindestens 4 Wochen vor Einrichtung der Baustellen bei jeglichen Maßnahmen einzubinden. Alle Tätigkeiten sind schriftlich zu dokumentieren und der UNB unaufgefordert zu übermitteln.</p> <p>2. Die Baufeldräumung und die Beseitigung von Gehölzen sind aus artenschutzrechtlichen Gründen nur in der Zeit vom 01.10. bis 28.02. zulässig. In Kap. 6 „Baufeldräumung“ der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes, wird dieser Zeitraum nicht konkret genannt, dies ist zu ergänzen. Ein abweichender Baubeginn oder abweichende Fällzeiträume innerhalb der Brutzeit sind im Einzelfall bei der Unteren Naturschutzbehörde Schaumburg zu beantragen und nur nach vorheriger Prüfung und Genehmigung zulässig.</p> <p>3. Alle betroffenen Gehölzstrukturen sind während der Bautätigkeiten und des Bauvorhabens gemäß DIN 18920 und RAS-LP 4 vor Beschädigungen im gesamten Wurzelbereich zu schützen. Der Wurzelbereich umfasst den gesamten Bodenbereich unter der Kronentraufe des Baumes zuzüglich 1,50 m nach allen Seiten. In Kap. 7 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird lediglich von einem Schutz der Kronentraufe gesprochen, diese Formulierung kann im weiteren Verfahren zu Verständnisproblemen führen und ist zu konkretisieren.</p> <p>4. Im Erlengrund sind die Fahr-, Arbeits- und Abstellbereiche, gemäß der Empfehlungen im Kap. 3.3 des Umweltberichtes, mit Baggermatten oder Stahlplatten (Lastverteilplatten) vor</p>	<p>sche Baubegleitung für die Baustelleneinrichtungen und den Brückenbau wird von der Stadtverwaltung ausgeschrieben. Sobald der Auftrag vergeben worden ist, wird der Kontakt des dann zuständigen Fachplanungsbüros an die Untere Naturschutzbehörde durch die Stadtverwaltung weitergegeben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Zeiten der Baufeldräumung werden unter den sonstigen Hinweisen zum Artenschutz auf dem Bebauungsplan ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zum Baumschutz wird unter den sonstigen Hinweisen auf dem Bebauungsplan der Wurzelbereich als Bodenbereich unter der Kronentraufe des Baums zuzügliche 1,50 m nach allen Seiten ergänzend definiert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und von der Kommune auf Ebene der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Verdichtung zu schützen.</p> <p>5. Bei der Einrichtung der temporären Baustelleneinrichtung und ihrer Zufahrt nördlich der B65 ist dem Erhalt und Schutz der vorhandenen Gehölze an der Erlengrundstraße und umzu eine besondere Bedeutung beizumessen. Der Grundsatz der Vermeidung von Beeinträchtigungen, gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der vorhandenen Gehölzstrukturen ist zu berücksichtigen.</p> <p>6. Die Ausführungsplanungen für alle Ersatzpflanzungen gem. Kap. 4.1 der textlichen Festsetzungen des B-Planes sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.</p> <p>7. Die Standorte für die Ersatzanpflanzungen im Erlengrund sowie die Auswahl der Baumarten für die Pflanzungen sind mit der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Denkmalbehörde abzustimmen.</p> <p>8. Im Zuge der Baumaßnahme gehen nach den Ausführungen im Umweltbericht etwa 131 m² eines gesetzlich geschützten Biotops (§ 30 BNatSchG) verloren. Bei dem Biotoptyp handelt es sich um einen Erlen- und Eschenwald der Talniederungen (WET). Bei diesem Wald handelt es sich, nach Einstufung der Biotoptypen (Drachenfels 2019), um einen kaum bis gar nicht regenerationsfähigen Biotoptyp. Demzufolge wird für den Verlust von Teilen des Biotops ein Kompensationsbedarf, gemäß der Abstimmungen mit dem zuständigen Planungsbüro Korte-meier Brokmann Landschaftsarchitekten, in einem Verhältnis von 1:3 erforderlich. Unter Berücksichtigung dieses Kompensationsbedarfs kann eine Ausnahme von dem gesetzlichen Bio-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und von der Kommune auf Ebene der Ausführungsplanung berücksichtigt. Die Erlengrundstraße und die temporäre Baustelleneinrichtung liegen im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 108 „Temporäre Erschließungsanlage Landesgartenschau“, weitere Regelungen zum Erhalt und Schutz der vorhandenen Gehölze bzw. eines notwendigen Ausgleichs, falls ein Eingriff erfolgen sollte, werden dort getroffen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und von der Kommune auf Ebene der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und von der Kommune auf Ebene der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis, dass eine Ausnahme von dem gesetzlichen Biotopschutz, unter der Voraussetzung des angepassten Kompensationsbedarfs, in Aussichtgestellt werden kann, wird zur Kenntnis genommen. Die Anpassung des Kompensationsbedarfs wird in der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung sowie im Umweltbericht berücksichtigt.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>topschutz in Aussicht gestellt werden.</p> <p><u>Hinweis:</u> Der gesamte Bereich des Bebauungsplanes Nr. 107 „Geh- und Radwegebrücke“ liegt im Geltungsbereich der Landschaftsschutzgebietsverordnung des Landschaftsschutzgebietes „Süd- Deister“.</p> <p>Auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung des Bebauungsplanes Nr. 107 „Geh- und Radwegebrücke“ und unter Berücksichtigung der Anforderungen und Hinweise dieser Stellungnahme, kann eine Befreiung von den Verboten der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Süd- Deister“ erteilt werden. Ein entsprechender Antrag ist vor Satzungsbeschluss mit den aktuellen Planunterlagen zu stellen. Der konkrete zeitliche Ablauf ist noch abzustimmen.</p> <p>Belange der Wasser- und Abfallwirtschaft sowie des Bodenschutzes</p> <p>Der geplante Brückenbau liegt in der Schutzzone II und III des Heilquellenschutzgebietes Bad Nenndorf. Richtig ist, wie im Text erwähnt, dass bei den neueren Planungen zur Novellierung des Heilquellenschutzgebietes der Bereich Erlengrund als Schutzzone II vorgesehen ist.</p> <p>Dieser wichtige Aspekt wird aber nur in der Begründung aufgeführt, im Umweltbericht von Kortemeier Brokmann vom 16.11.2023 wird nur auf die Lage in den Abgrenzungen von 1926 bezuggenommen. In der Umweltbetrachtung wird auf den Heilquellenschutz nicht eingegangen, dies ist zu ergänzen.</p> <p>Für die Gründung der Brückenfundamente sind tiefere Bodenein-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Süd-Deister“ wird vor dem Satzungsbeschluss von der Kommune bei der Unteren Natur-schutzbehörde gestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die Information zur Novellierung des Heilquellenschutzgebietes im Umweltbericht ergänzt. Eine Umweltbetrachtung des Heilquellenschutzes infolge der Gründung des Brückenbauwerks wird durch das Architekturbüro im Rahmen des wasserrechtlichen Antrags vorgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Abstimmungen zur Genehmi-</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>griffe geplant. Bohrungen, Ausgrabungen und andere Arbeiten in Schutzzone II in einer größeren Tiefe als zwei Meter, in der Schutzzone III in einer größeren Tiefe ab fünf Meter, gemessen vom gewachsenen Boden, bedürfen entsprechend der Heilquellenschutzgebietsverordnung vom 26.07.1923, geändert am 07.03.1997, einer separaten Genehmigung durch die Untere Wasserbehörde des Landkreises Schaumburg. Diese Genehmigung wird separat durch die UWB erteilt.</p> <p>Bei der Variantenbetrachtung unter Punkt 4.2 Planungskonzept fehlen ebenfalls die Aspekte des Heilquellenschutzes – d.h. Angaben zu Gründungstiefen und Auswirkungen auf die Heilquellen. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit der Aspekt der Art der Gründung und die damit verbundenen Gründungstiefen bei der Variantenauswahl berücksichtigt wurden.</p> <p>Eine Variantenbetrachtung und Abwägung der Schutzgüter sollen im wasserrechtlichen Antrag erfolgen. Die abschließende Entscheidung über die Art der Gründung erfolgt in enger Abstimmung mit der UWB und kann erst im Nachgang mit der wasserrechtlichen Genehmigung konkretisiert werden.</p> <p>Laut Unterlagen wird für die Baumaßnahme eine temporäre Grundwasserhaltung mit einer Absenkung von 1,5 m erforderlich. Auch diese bedarf einer separaten Erlaubnis durch die UWB. Die Antragsunterlagen sind rechtzeitig mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.</p> <p>Die Hinweise bzgl. der erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigung für Grabenverrohrungen aus meiner ersten Stellungnahme</p>	<p>gung der Bodeneingriffe mit der Unteren Wasserschutzbehörde werden durch die Kommune vorgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Variantenbetrachtung und Abwägung zur Gründung des Brückenbauwerks, insbesondere mit Blick auf den Heilquellenschutz, ist vorgenommen worden und intensiv mit der Unteren Wasserschutzbehörde im Rahmen des wasserrechtlichen Antrags abgestimmt worden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, die Kommune stimmt die Antragsunterlagen für die Erlaubnis der temporären Grundwasserhaltung mit der Unteren Wasserschutzbehörde ab.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>wurden berücksichtigt. Die Umgestaltung der Entwässerungssituation der Breitenfelder Quelle bedarf ebenfalls einer wasserrechtlichen Genehmigung – entsprechende Abstimmungen dazu zwischen der Stadt Bad Nenndorf und der Unteren Wasserbehörde finden bereits statt.</p> <p><u>Bodenschutz</u></p> <p>Die bodenschutzfachlichen Aspekte meiner ersten Stellungnahme wurden berücksichtigt.</p> <p>Belange der Wirtschaftsförderung und Regionalplanung</p> <p>Zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ sind aus raumordnerischer Sicht keine über meine im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB abgegebene landesplanerische Stellungnahme hinausgehende Anregungen vorzubringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 25.08.2023.</p> <p>Belange des Immissionsschutzes</p> <p>Zu der vorgelegten Planung werden aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.</p> <p>Belange des Bauordnungsrechtes</p> <p>Aus bauordnungsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken zu der o.g. Bauleitplanung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, es besteht kein weiterer Handlungsbedarf auf Ebene der Bauleitplanung.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden. Die wesentlichen standortbezogenen raumordnerischen Erfordernisse sind gemäß den Inhalten der Stellungnahme vom 25.08.2023 in der Begründung des Bebauungsplans Nr. 107 ergänzt worden.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen oder Bedenken gegen die Planung vorgebracht werden. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Belange des Denkmalschutzes</p> <p>Aus Sicht der Bau- und Bodendenkmalpflege sind zu der oben genannten Bauleitplanung keine weiteren Bedenken vorzubringen.</p> <p>Aus Sicht der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) wird jedoch empfohlen, im Text unter der Überschrift „3.6 Denkmalschutz und Denkmalpflege“ eine einheitliche Abkürzung für das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz / NDSchG zu verwenden.</p> <p>Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Farbgebung des Brückenbauwerks im weiteren Verfahren noch mit der UDSchB abzustimmen ist. Eine Deckbeschichtung des Brückenkörpers im Farbton RAL 9010 Reinweiß entsprechend dem Vorschlag des Planungsbüros hat auf die Denkmalumgebung eine sehr dominierende Wirkung und kann zu einer Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes des denkmalgeschützten Kurparks führen.</p> <p>Belange des Planungsrechtes</p> <p>In der Präambel des Bebauungsplanes wird Bezug auf § 84 der Niedersächsischen Bauordnung genommen, der Bebauungsplan schließt jedoch keine örtlichen Bauvorschriften ein. Der Verweis auf diese Rechtsgrundlage sollte entfallen.</p> <p>Aus Gründen der Eindeutigkeit empfehle ich, für die Überschrift der textlichen Festsetzung unter 4. den Begriff „Anpflanzfestsetzung“ zu verwenden, da der Begriff „Pflanzgebot“ an § 178 Baugesetzbuch gebunden ist.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Bedenken gegen die Planung bestehen. Weitere Handlungsbedarfe werden auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und das Kapitel 3.6 in der Begründung entsprechend angepasst.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abstimmung der Farbgebung des Brückenbauwerks erfolgt in der weiteren Projektplanung durch die Kommune mit der Unteren Denkmalschutzbehörde.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Bezug auf § 84 der Niedersächsischen Bauordnung aus der Präambel genommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Begriff „Anpflanzfestsetzung“ statt „Pflanzgebot“ verwendet.</p>

Nr. 23	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 22.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
		<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen und Anregungen wird im Wesentlichen, wie oben dargelegt, gefolgt. Die klarstellenden Ergänzungen/Anpassungen sind in den Unterlagen zum Bebauungsplan eingearbeitet worden, eine inhaltliche Änderung der Planfestsetzung ist hiermit nicht verbunden.</p>
Nr. 25	Landwirtschaftskammer Niedersachsen – Bezirksstelle Hannover Stellungnahme vom 20.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„zu den genannten Planungen werden aus Sicht der von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zu vertretenden öffentlichen und fachlichen Belange keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>E-Mail vom 03.01.2024</u></p> <p>„ich nehme zunächst Bezug auf meine Stellungnahme vom</p>	

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>29.08.2023, Az.: 2111/21102-111/23-B65 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Die dort gegebenen Hinweise und Auflagen werden gemäß Abwägung zur Kenntnis genommen und werden entsprechend berücksichtigt.</p> <p>Mit Blick auf die erforderliche enge und einvernehmliche Abstimmung der Brückenentwurfsplanung teile ich Ihnen mit, das hierfür ab jetzt die Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 3 „Bau“, [REDACTED], Tel. 05151/607-300, Ihre Ansprechpartnerin ist. Der vorherige Ansprechpartner, [REDACTED] hat die Leitung der Straßenmeisterei Stadthagen übernommen.</p> <p>Mit den nun vorgelegten Unterlagen liegen auch aussagekräftige Entwurfsunterlagen über das gewählte Brückenbauwerk zur Einsicht vor. Hierzu gebe ich in Ergänzung der vorgenannten engen fachlichen Abstimmung des Brückenentwurfes noch folgende Hinweise:</p> <p><u>Berücksichtigung des Lichtraumprofils der B 65</u></p> <p>Ergänzend zu den vorgelegten Unterlagen ist noch der nachvollziehbare Nachweis der tatsächlichen Gewährleistung der Lichtraumprofile der bestehenden B 65 und der künftigen 2+1-Planung der B 65 zu erbringen und meinem Haus bitte vorzulegen. Hier ist ein entsprechender Zwangspunktnachweis zu führen (In den vorgelegten Unterlagen fehlen dazu entsprechende Höhenangaben. An den entscheidenden Stellen sind sowohl die Fahrbahndeckenhöhen (bestehend, bzw. geplant) darzustellen als auch die geplante Höhe der Bauwerksunterkante. Daneben ist jeweils die sich ergebende Lichtraumhöhe anzugeben). Es ist an jedem Punkt die lichte Höhe von größer/gleich 4,70m für die derzeitige und künftige Fahrbahn der B 65 zu gewährleisten.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und von der Kommune im Zuge der weiteren Abstimmung berücksichtigt. Die Kontaktdaten werden an das für die Brückenentwurfsplanung zuständige Architekturbüro weitergegeben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein nachvollziehbarer Nachweis der tatsächlichen Gewährleistung der Lichtraumprofile der bestehenden B 65 und der künftigen 2+1-Planung der B 65 wird der NLStBV rechtzeitig vor der Ausführungsplanung durch das Architekturbüro vorgelegt.</p>

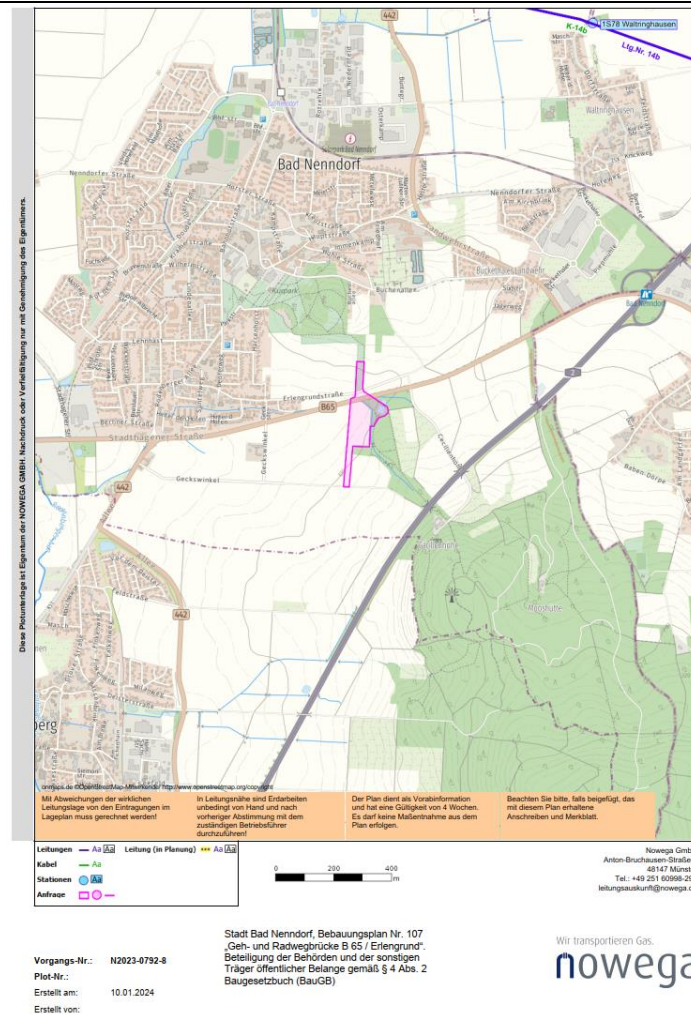
Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>Passive Schutzeinrichtungen</u></p> <p>Die Tragkonstruktion des Brückenbauwerkes, hier die südliche Sprengwerkstütze, liegt nach den „Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (RPS) innerhalb der kritischen Abstände für die Gefährdungsstufe 1 und die Gefährdungsstufe 3 (vergleiche Bild 7, s. 26 der RPS). Dementsprechend ist noch zu prüfen, ob und welche Schutzeinrichtung hier erforderlich wird! Der Einsturzgefährdung des Bauwerkes kommt hierbei besondere Bedeutung zu! Im Erläuterungsbericht zur „Dimensionierung und Vorplanung des Tragwerkes vom Juni 2022“ ist auf Seite 16 unter Lastannahmen lediglich der Anprall einer Horizontallast von 500 kN zur Berücksichtigung aufgeführt. In der ebenfalls bereits erstellten Entwurfsplanung des Tragwerkes vom November 2023 werden dagegen explizit deutlich größere Anpralllasten angenommen (siehe Nrn. 4.8 und 4.9, S. 25).</p> <p>Die südliche Radwegrampe ist der Gefährdungsstufe 3 zuzuordnen und liegt ebenfalls innerhalb des kritischen Abstandes. Hier ist eine entsprechende Schutzeinrichtung nach den RPS vorzusehen. Die Planung der Schutzeinrichtungen und die entsprechende Darstellung in den Entwurfsunterlagen zum Bauwerk stimmen Sie bitte im Weiteren eng mit mir ab.</p> <p>Mit der Installation einer Schutzeinrichtung ist auch die Zufahrt/Zuwegung von der B 65 zum südlich davon gelegenen Erlengrundgelände zu schließen. Die Schließung der Zufahrt/Zuwegung zugunsten eines durchgehenden offenen Straßenseitengrabens sollte auch aus Gründen der Verkehrssicherheit (Vermeidung von Fußgänger-/Radfahrerquerungen der B 65 an dieser Stelle) vorgesehen werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Prüfung erforderlicher Schutzeinrichtungen erfolgt im Rahmen der weiteren Projektplanung und wird mit der NLStBV rechtzeitig vor der Ausführungsplanung durch das Architekturbüro abgestimmt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zur Klarstellung, dass keine Zufahrten/Zuwegungen (wie bisher) von der B 65 auf die angrenzenden Grünflächen zulässig sind, werden im Bebauungsplan die Bereiche ohne Ein- und Ausfahrten festgesetzt. Darüber hinaus plant die Kommune die bestehende Wegeführung in dem heutigen Querungsbereich zurückzubauen und eine Eingrünung der Flächen vorzunehmen. Auch die durchgehende Öffnung des Seitengrabens ist geplant.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>Breitenfelder Quelle</u></p> <p>Nach den Angaben in der Begründung auf Seite 30 ist die Breitenfelder Quelle derzeit gefasst und wird über eine Rohrleitung in den Straßenseitengraben der B 65 eingeleitet. Vorgesehen ist nun die Anlage eines Versickerungsbeckens mit freiem Überlauf in den Straßenseitengraben. Auch für dieses Teilvorhaben ist für die veränderte Einleitung ein entsprechender privatrechtlicher Nutzungsvertrag nach § 8 (10) des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) mit meinem Haus abzuschließen. Daneben weise ich auf die bestehende Bauverbotszone und Baubeschränkungszone nach § 9 (1) FStrG hin. Sollte das Versickerungsbecken im Bereich der Zonen liegen, ist die Entwurfsplanung dazu insgesamt einvernehmlich mit meinem Haus abzustimmen.</p> <p><u>Baustellenzufahrt/Baustellenverkehre</u></p> <p>Für die Andienung des südlich der B 65 liegenden Teils der Baustellenfläche für das Brückenbauwerk wird im Plan eine befristete Baustellenzufahrt ausgewiesen. Die festgelegte befristete Baustellenzufahrt endet an einem Wirtschaftsweg. Der Wirtschaftsweg ist zum einen über die B 442 und zum anderen über die B 65 jeweils auf der freien Strecke der Bundesstraßen an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.</p> <p>Vor diesem Hintergrund ist die Nutzung dieser Anbindungen durch die Baustellenverkehre eine erlaubnispflichtige Sondernutzung nach § 8 (1) FStrG. Die Sondernutzungserlaubnis, bzw. ggf. -erlaubnisse sind durch mein Haus zu erteilen. Voraussetzung ist die Gewährleistung der Anforderungen an die Sicherheit und Leichtigkeit des Bundesstraßenverkehrs. Hierfür ist ein Erschließungskonzept (u.a. Mengen und Fahrtrichtungen des Baustellen-</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei der geplanten Maßnahme handelt es sich um eine Versickerungsmulde. Abstimmungen zum privatrechtlichen Nutzungsvertrag mit der NLStBV werden durch die Kommune vorgenommen. Die Kommune stimmt ebenfalls mit der NLStBV die Lage der Versickerungsmulde ab, sollte diese in der Bauverbotszone liegen, wird die Entwurfsplanung zur einvernehmlichen Abstimmung an die NLStBV weitergegeben.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ein Erschließungskonzept ist mit der Unteren Verkehrsbehörde des Landkreises Schaumburg einvernehmlich abgestimmt worden und am 11.01.2024 an die NLStBV inkl. der Abstimmungsergebnisse weitergeleitet worden.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>verkehrs, erforderliche Sicherungsmaßnahmen/Beschilderungen, vor allem im Zuge der Bundesstraßen) zu erarbeiten und zunächst mit der Unteren Verkehrsbehörde des Landkreises Schaumburg einvernehmlich abzustimmen.</p> <p>Die Ergebnisse dieser Abstimmung bitte ich mir anschließend vorzulegen. Für die Nutzung der Zufahrten zu den Bundesstraßen durch die Baustellenverkehre werden zur Ermöglichung verkehrssicherer Verkehrsabläufe möglicherweise Veränderungen in den Abmessungen (Aufweitungen nach Schleppkurven, ggf. Ermöglichung von Begegnungsfällen) und Befestigungen der Zufahrten erforderlich.</p> <p>Auch diese werden dann Grundlage der zu erteilenden Sondernutzungserlaubnis.</p> <p>Hinsichtlich der Baustellenverkehre und auch möglicher Baufelder betreffend einer Tangierung/Beeinträchtigung der B65 ist eine entsprechende Abstimmung mit unserem Haus notwendig.</p> <p><u>Schlussbemerkungen</u> Für weitere Abstimmungen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.</p> <p><u>E-Mail vom 26.01.2024</u></p> <p>„nach erfolgter Vorstellung und Abstimmung im Rahmen der Verkehrsbesprechung des Landkreises Schaumburg, der auch die entsprechenden Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung angehören, kann ich Ihnen bezüglich der Straßennutzung Folgendes mitteilen:</p> <p>Für die <u>südliche Baustellenzufahrt</u> wurde die grundsätzliche Befahrbarkeit der Einmündung des „Geckswinkels“ in die B 442 (Abschnitt 205, ca. Station 424) mit Sattelzügen mit Schleppkurven</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und von der Kommune im Rahmen der Umsetzung an die ausführenden Unternehmen zur Berücksichtigung weitergegeben.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>nachgewiesen. Die zugehörige E-Mail des planenden Ingenieurbüros KRP Architektur GmbH füge ich dieser E-Mail der Vollständigkeit halber an. Eine Verbreiterung der Einmündung ist aufgrund der bestehenden Zwangspunkte auch nicht möglich. Bei der Planung der Baustellenverkehre (Sattelzüge) ist darauf zu achten, dass Begegnungsfälle von Baustellenfahrzeugen im direkten Einmündungsbereich zur Bundesstraße weitgehend vermieden werden.</p> <p>Für die erforderliche Ausbildung der <u>Baustellenzufahrt auf der Nordseite der B 65</u> (Abschnitt 610, ca. Station 1690) ist die Verbreiterung/Aufweitung der Zufahrt für die Aufnahme der Baustellenverkehre vorgesehen. Die Verkehrsbehörde hat in ihrem Ergebnisprotokoll noch nicht endgültig die erlaubten Fahrtrichtungen für die Baustellenausfahrt festgelegt.</p> <p>Die bauliche Ausbildung der Zufahrt einschließlich der Randbedingungen für die Anlage und den erforderlichen Rückbau sind bitte frühzeitig im Rahmen der Bauvorbereitung mit dem Leiter der Straßenmeisterei Stadthagen, Herrn Ronny Gautzsch (Tel. 05721/96238-13) einvernehmlich abzustimmen.</p> <p>Weitere flankierende Maßnahmen (z.B. Festlegungen von Absicherungen, Warnbeschilderungen, Signalisierungen und sonstigen Maßnahmen zur Gewährleistung verkehrssicherer Verkehrsabläufe) im Zuge der Verknüpfung mit der Bundesstraße bleiben den späteren verkehrsrechtlichen Anordnungen und deren Abstimmung vorbehalten.</p> <p>Dementsprechend ergeht diese Zustimmung vorbehaltlich der späteren verkehrsrechtlichen Anordnungen der Unteren Verkehrsbehörde des Landkreises Schaumburg.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Abstimmungen zur Bauvorbereitung werden durch die Kommune bzw. den ausführenden Unternehmen mit dem Leiter der Straßenmeisterei vorgenommen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine Zustimmung vorbehaltlich der späteren verkehrsrechtlichen Anordnungen der Unteren Verkehrsbehörde des Landkreises Schaumburg erfolgt.</p>

Nr. 30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Stellungnahme vom 03.01.2024 und 26.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p><u>Beschlussvorschlag:</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zu erforderlichen Nachweisen, Verträgen und Erlaubniserteilungen durch die NLStBV werden von der Kommune und den Architekten im Rahmen der weiteren Projekt- und Ausführungsplanung berücksichtigt. Der Anregung zur klarstellenden Ergänzung der Bereiche ohne Ein- und Ausfahrten im Bebauungsplan wird gefolgt. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein weiterer Handlungsbedarf.</p>
Nr. 31	Nowega GmbH Stellungnahme vom 11.01.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	„Im Bereich Ihrer Maßnahme/Planung betreibt die Nowega GmbH keine Anlagen, zurzeit bestehen auch keine Planungsabsichten.“	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.

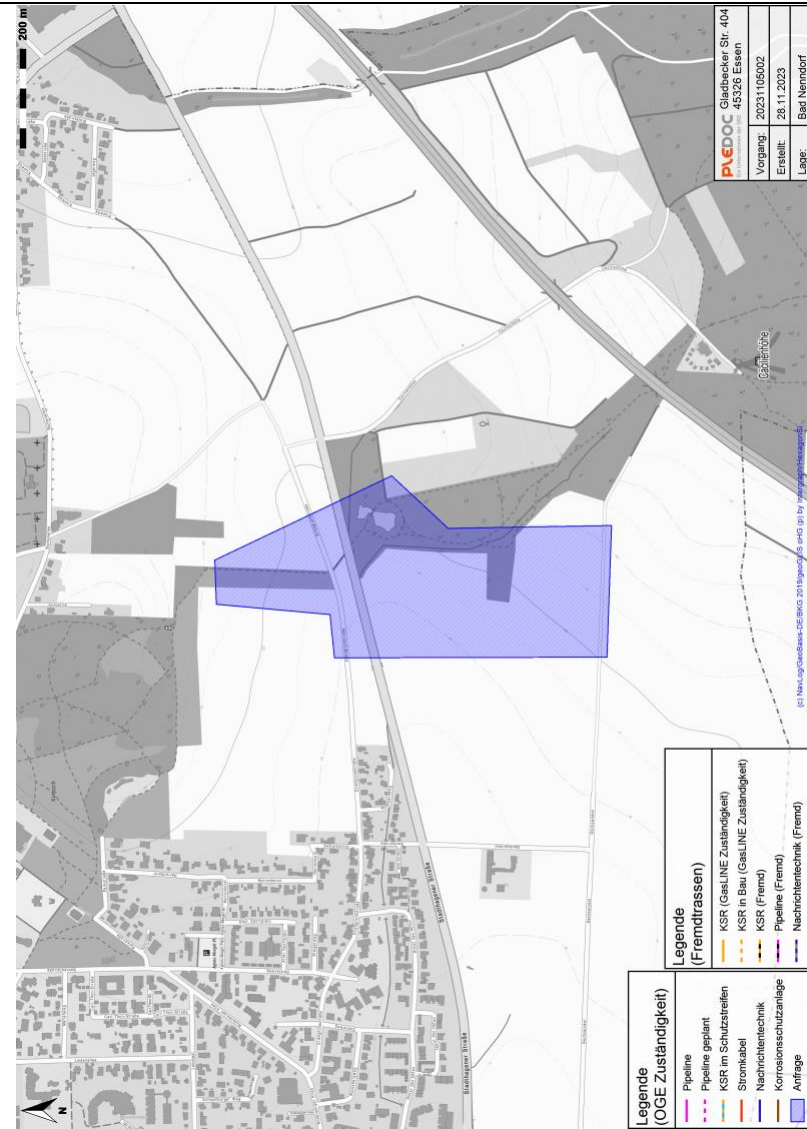


Beschlussvorschlag:

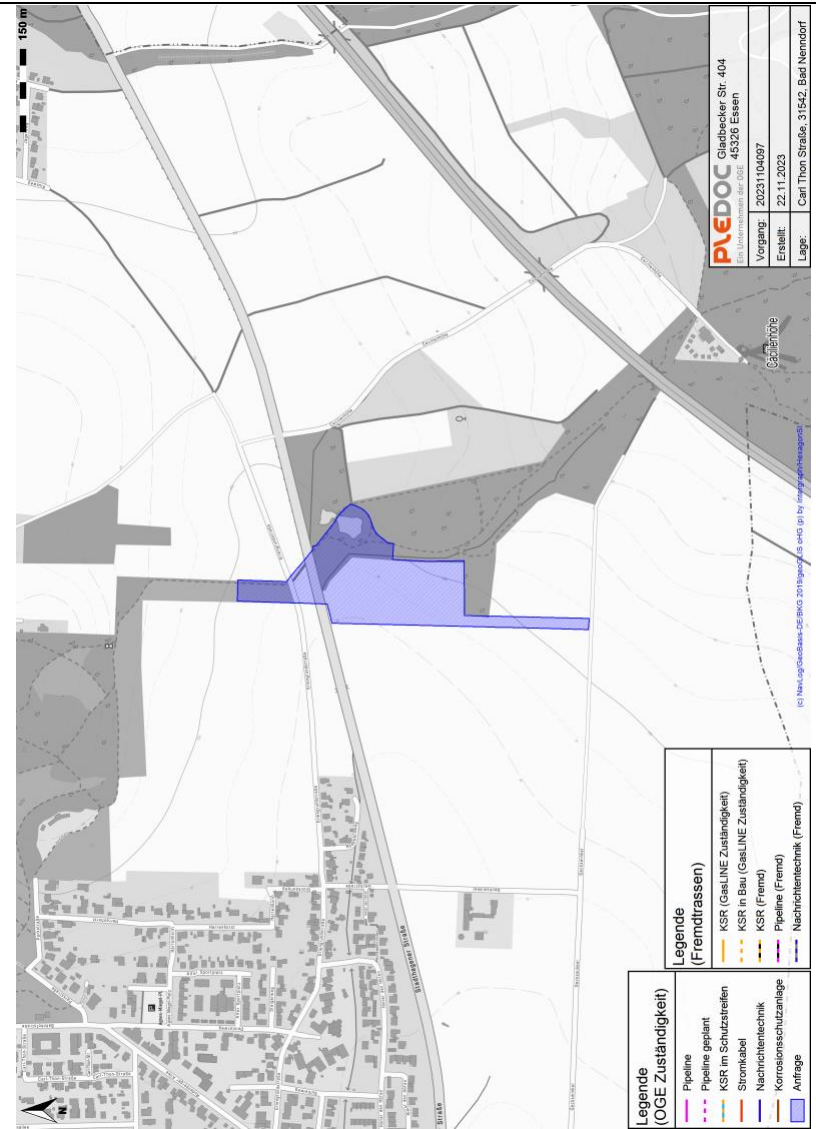
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitpla-

Nr. 31	Nowega GmbH Stellungnahme vom 11.01.2023	Stellungnahme der Verwaltung
		nung besteht hier kein Handlungsbedarf.
Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 28.11.2023 (E-Mail) und 22.11.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>E-Mail vom 28.11.2023</u></p> <p>„wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf: Erdgasspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In Ergänzung zum vorliegenden Bauleitplanverfahren ist eine Abfrage der Kompensationsfläche „Tiefer Bruch“ (Flurstück 52, Flur 1, Gemarkung Bad Nenndorf) über die Leitungsauskunft BIL eG erfolgt, mit dem Ergebnis, dass von der PLEdoc GmbH keine Leitungen in der Kompensationsfläche liegen. Eine Betroffenheit kann somit ausgeschlossen werden. Zusätzlich wird zur Klarstellung unter den Hinweisen zum Bebauungsplan eine Karte mit einer räumlichen Verortung der externen Kompensationsfläche aufgenommen. Ein weiterer Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>

Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 28.11.2023 (E-Mail) und 22.11.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p data-bbox="264 312 1059 488">Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p data-bbox="264 528 1059 663">Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p data-bbox="264 703 1059 767">Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.“</p>	



Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 28.11.2023 (E-Mail) und 22.11.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
	<p data-bbox="264 272 456 309"><u>22.11.2023 (BIL)</u></p> <p data-bbox="264 344 1070 485">„wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul data-bbox="264 520 1070 932" style="list-style-type: none"> <li data-bbox="264 520 763 557">• OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen <li data-bbox="264 560 719 596">• Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen <li data-bbox="264 600 1070 676">• Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg <li data-bbox="264 679 1070 756">• Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen <li data-bbox="264 759 1070 820">• Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen <li data-bbox="264 823 1070 900">• Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund <li data-bbox="264 903 936 932">• Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen <p data-bbox="264 967 1070 1043">Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.</p> <p data-bbox="264 1046 1070 1107">Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p data-bbox="264 1142 1070 1219">Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.“</p>	<p data-bbox="1093 344 2011 628">Bauleitplanverfahren ist eine Abfrage der Kompensationsfläche „Tiefer Bruch“ (Flurstück 52, Flur 1, Gemarkung Bad Nenndorf) über die Leitungsauskunft BIL eG erfolgt, mit dem Ergebnis, dass von der PLEdoc GmbH keine Leitungen in der Kompensationsfläche liegen. Eine Betroffenheit kann somit ausgeschlossen werden. Zusätzlich wird zur Klarstellung unter den Hinweisen zum Bebauungsplan eine Karte mit einer räumlichen Verortung der externen Kompensationsfläche aufgenommen. Ein weiterer Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p>



Nr. 32	PLEdoc GmbH Stellungnahmen vom 28.11.2023 (E-Mail) und 22.11.2023 (BIL)	Stellungnahme der Verwaltung
		<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung zur weiteren Abfrage bzgl. der externen Kompensationsfläche wurde gefolgt. Im Zuge der Bauleitplanung besteht kein weiterer Handlungsbedarf.</p>
Nr. 33	Region Hannover – Fachbereich Planung und Raumordnung Stellungnahme vom 13.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„zu dem Bebauungsplan Nr. 107 (mit ÖBV) „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ der Stadt Bad Nenndorf, ST. Nenndorf bestehen aus der Sicht der Region Hannover als Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen oder Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p><u>Stellungnahme vom 29.12.2023</u></p> <p>„der Senioren- und Behindertenbeirat hatte einen Antrag auf Fristverlängerung zur Stellungnahme zum B-Plan 107 unter Bezug auf § 4 Abs. 2 Satz 3, letzter Halbsatz BauGB mit einer hinreichenden Begründung gestellt. Dem soll nun widerrechtlich unter Bezug auf § 4a Abs. 5 Satz 2 BauGB nicht gefolgt werden.</p> <p>Der Beirat gibt daher nur eine vorläufige Stellungnahme ab. Unsere endgültige Stellungnahme wird bis zum 19. 01.2024 abgegeben.</p>	<p>Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen, eine Fristverlängerung ist dem Senioren- und Behindertenbeirat durch die Kommune bis einschließlich den 05.01.2024 eingeräumt worden.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass es sich bei dem vorliegenden Schreiben nur um eine vorläufige Stellungnahme handelt, sollte bis einschließlich</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Soweit sich daraus zusätzliche Punkte ergeben bestehen wir auf einer Berücksichtigung unter Bezug auf § 4a Abs. 5 Satz 2 BauGB, wonach nach vorliegender Faktenlage eine Präklusion nicht eingetreten ist.</p> <p>Vorläufige Begründung</p> <p>Die vorliegenden Unterlagen zur öffentlichen Auslegung des B-Plan 107 sind wiederum äußerst umfangreich. Der Senioren- und Behindertenbeirat legt großen Wert auf eine gewissenhafte und fundierte Stellungnahme, die im Interesse der Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen liegt. Eine gründliche Prüfung und gewissenhafte Stellungnahme zu einem derart umfangreichen Dokument erfordert eine angemessene Zeitspanne wie beantragt.</p> <p>Aus den Unterlagen geht hervor, dass anscheinend niemand die Vorlagen vollständig durchgelesen hat, denn dann hätte auffallen müssen, dass selbst der Verfasser sich unzureichend mit der Sachlage befasst. Sowohl in den Vorlagen zur frühzeitigen Beteiligung wie auch den jetzt vorliegenden Dokumenten wird wiederholt von einer B52 gesprochen (vgl. Vorplanung Seite 9, 10 und 11, Erläuterungsbericht Entwurfsplanung Seite 4). Dieses scheint niemandem aufgefallen zu sein.</p> <p>Es handelt sich bei diesem Vorhaben um eine völlige Neuerrichtung einer Rad- und Gehwegbrücke. Im Fall eines Neubaus dürfen</p>	<p>den 19.01.2024 eine endgültige Stellungnahme abgegeben werden, wird diese aufgrund des sensiblen Themas der Barrierefreiheit in die Beratungsvorlage eingestellt und eine Abwägung vorgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird klargestellt, dass das Versehen in den vorbereitenden Fachbeiträgen des beauftragten Architekturbüros erfolgt ist und nicht in den Entwurfs- oder Satzungsunterlagen des Bebauungsplans Nr. 107. Die Fachbeiträge zur Projektplanung wurden beim Auftraggeber, Stadt Bad Nenndorf, vollumfänglich gesichtet. Der Auftragnehmer bzw. Verfasser der Unterlagen hat sich umfassend mit der Sachlage befasst, die Nennung der „B 52“ anstelle der B 65 ist ein redaktioneller Fehler. Dieser wurde bereits vor Eingang der Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats der Samtgemeinde Nenndorf dem Hinweis zur Anpassung weitergegeben. Aufgrund der Zeitschiene konnte die Korrektur zur Veröffentlichung der Entwurfsunterlagen mit den Fachbeiträgen nicht mehr rechtzeitig vorgenommen werden, weshalb die nun zur Satzung erfolgt.</p> <p><u>Kernpunkt der Kritik zu Barrierefreiheit</u></p> <p>Kernpunkt der vorliegenden Kritik ist, dass die Geh- und Radwegbrücke nicht barrierefrei errichtet werden soll. Der Senioren- und Behindertenbei-</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>keinesfalls auf Kosten der Barrierefreiheit und Sicherheit für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigung Kompromisse eingegangen werden. Bei der Planung und Gestaltung der Brücke dürfen keine Abwägungen zu Lasten der Sicherheit und Barrierefreiheit getroffen werden.</p> <p>Abwegig ist die Argumentation zur Abwägung von Einwänden in der Vorlage 2023-0142/ST zum Bauausschuss vom 14.11.2023 unter Nr. 36, Seite 41 unten, wonach die Zuwegungen zum Bauwerk nicht barrierefrei sein soll und damit die vorgesehene Gestaltung der Brücke gerechtfertigt sei.</p> <p>Diese Aussage entspricht einer Unwahrheit. Heute ist der Erlengrund völlig barrierefrei für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen über die Erlengrundstraße erreichbar.</p> <p>Mit dem jetzt vorgesehenen Brückenbauwerk ist dies für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht mehr möglich. Das darf nicht hingenommen werden, da auch die Brücke selbst barrierefrei hergerichtet werden kann.</p> <p>Der Beirat hat beschlossen, ggf. erforderliche Rechtsmittel auszuschöpfen.</p> <p>Zu einer sachgerechten Abwägung von Einwänden sind die Abwägungsgründe zu präzisieren und nicht nur mit unsubstantiierten Aussagen zu begründen.</p> <p>Die „immensen Mehrkosten“ sind zu ermitteln, die Besitzverhältnisse wären im Detail darzustellen und der „Eingriff in den sensiblen Naturraum“ wäre ebenfalls zu präzisieren. Letzteres, da im Zuge der Abbiegespuren der B65 ganze Baumreihen gefällt wer-</p>	<p>rat weist darauf hin, dass für den Neubau keinesfalls Kompromisse auf Kosten der Barrierefreiheit und Sicherheit für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen eingegangen werden dürfen. Der Einwand ist nachvollziehbar, weshalb die Fragestellung des Trassenverlaufs der vorliegenden Geh- und Radwegbrücke auch mit Blick auf eine mögliche Barrierefreiheit intensiv erörtert und abgewogen worden ist.</p> <p><u>Zu den Stichworten „barrierefrei“ und „barrierearm“</u></p> <p>Der Begriff der Barrierefreiheit wird im Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) gemäß § 2(3) wie folgt definiert: <i>Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Hierbei ist die Nutzung behinderungsbedingt notwendiger Hilfsmittel zulässig.</i></p> <p>Gemäß § 7(2) NBGG sind sonstige bauliche oder andere Anlagen, öffentliche Wege, Plätze und Straßen sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen und Verkehrsmittel im öffentlichen Personenverkehr barrierefrei zu gestalten, soweit dies durch Rechtsvorschrift vorgegeben ist.</p> <p>Gemäß der DIN 18040-3 Barrierefreies Bauen müssen die Neigungsverhältnisse von für den Fußgängerverkehr vorgesehenen Flächen für Menschen mit motorischen Einschränkungen, insbesondere für Rollstuhl- und Rollatornutzer, so beschaffen sein, dass die Flächen eigenständig und sicher nutzbar sind. Dies wird durch eine Längsneigung von grundsätzlich maximal 3 % erreicht.</p> <p>Der Begriff „barrierearm“ ist im Gegensatz zu „barrierefrei“ nicht gesetzlich definiert. „Barrierearm“ bzw. „Barrierearmut“ wird daher zumeist benutzt,</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	den müssen.	<p>wenn Hemmnisse/Hürden/Barrieren für Menschen mit Einschränkungen des Bewegungsapparates verringert oder abgebaut werden.</p> <p><u>Ausgangslage und Rahmenbedingungen</u></p> <p>Die geplante Geh- und Radwegbrücke soll die heute vorhandene Bedarfs-ampel zur Querung der B 65 südöstlich des Stadtkerns von Bad Nenndorf ersetzen. Ziel der Planung ist die Aufwertung und langfristige Sicherung der wichtigen Wegeverbindung zwischen den Grünanlagen Kurpark und Erlengrund, die gemeinsam einen wesentlichen Grünzug der Stadt darstellen, der darüber hinaus an die weiteren Naherholungsgebiete Cecilienhöhe und Deister in Richtung Süden anbindet.</p> <p>Die Lage der geplanten Geh- und Radwegbrücke ist innerhalb des Grünzugs abgesetzt vom Siedlungsbereich der Stadt Bad Nenndorf und liegt in einer Senke zwischen dem Galenberg und dem Deister. Das Stadtzentrum von Bad Nenndorf (Parkstraße/Hauptstraße) liegt ca. 860 m Luftlinie nordwestlich des geplanten Brückenbauwerks. Ausgehend vom Stadtzentrum erreicht man die Querung der B 65 auf direktem Weg durch den Kurpark über die Bubikopfallee (bzw. eine parallel verlaufende Wegeführung). Auf einer Länge von knapp 250 m gemessen vom nördlichen Ende der Bubikopfallee bis zum südlichen Ende, liegt eine Geländeneigung von über 10 % vor. Erst im Abschnitt südlich der Erlengrundstraße bis zur Querungssituation ergeben sich eine geringere Geländeneigung von ca. 5 %. Auf der Südseite der B 65 sind im Bereich der Erlengrundteiche keine größeren Steigungen zu überwinden, weiter südwärts im Anschluss an den Deister sowie über die Feldwege nach Rodenberg liegen dann wiederum nicht barrierefreie Wegeverbindungen vor.</p> <p>Weitere Rahmenbedingungen, die es bei der Brückenplanung zu berücksichtigen gilt, sind die Lage im Landschaftsschutzgebiet „Süd-Deister“ (LSG SHG 00017) sowie die Lage im Heilquellenschutzgebiet Bad Nenndorf-</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Algedorf, Schutzzone III. In neueren Planungen zur Novellierung des Heilquellenschutzgebiets ist für den Bereich des Erlengrunds die Schutzzone II vorgesehen. Weiterhin ist zu beachten, dass es sich bei dem Erlengrund, der Bubikopfallee und bei der Kurparkanlage im Anschluss um das Einzeldenkmal Kurpark Bad Nenndorf gemäß § 3(2) NDSchG handelt. Demzufolge sind die entsprechenden Fachbehörden (Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserschutzbehörde sowie die Untere Denkmalschutzbehörde) intensiv in die vorliegenden Planungen des Brückenbauwerks einzubinden.</p> <p>Enge Abstimmungen sind auch mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) erfolgt, da sich die B 65 in ihrem Eigentum befindet und die Landesstraßenbaubehörde somit von dem geplanten Brückenbauwerk stark betroffen ist. Für die Einwilligung in die Kreuzungsvereinbarung sind diverse Nachweise zu erbringen, wie beispielsweise die Einhaltung einer lichten Höhe zwischen der vorhandenen B 65 und der Unterkante des Brückenbauwerks von 4,70 m, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Bundesstraßenverkehrs nicht zu gefährden. Neben der B 65 im Bestand ist darüber hinaus der mögliche Ausbau von insgesamt drei Fahrspuren („2+1“) der Bundesstraße in der Planung zu berücksichtigen. Dies hat Auswirkungen auf die Länge des überspannten Bereichs der B 65, der die lichte Höhe von 4,70 m einhalten muss.</p> <p><u>Variantendiskussion Trassenverlauf</u></p> <p>Im Vorfeld der Bauleitplanung hat eine intensive Variantendiskussion zur Trassierung des Brückenbauwerks in verschiedenen Fachgremien stattgefunden. Dabei ist die vorliegende Variante C ausgewählt worden, die als Grundlage für die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 107 dient. Die Varianten zum Trassenverlauf sind alle nicht barrierefrei. Es ist von vornherein eine Neigung von maximal 6 % für die Variantendiskussion des Trassenverlaufs zugrunde gelegt worden. Von Podesten in der Rampenanlage der Brücke wurde abgesehen, da diese die Nutzung durch Radfahrer er-</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p data-bbox="1093 276 2002 379">schweren bzw. weniger komfortabel machen würden. Zudem würden Ruhepodeste bzw. eine durchgängige Neigung von 3 % längere Entwicklungslängen der Rampen bedeuten.</p> <p data-bbox="1093 419 2002 595">Die längeren Entwicklungslängen und somit ein deutlich größeres Brückenbauwerk sind aus denkmalschutz- und naturschutzrechtlicher Sicht kritisch zu sehen, weshalb diese zu einem Genehmigungshindernis geführt hätten. Die einzige Trassierung, die aus denkmalschutzrechtlicher Sicht genehmigungsfähig ist, ist die vorliegende Variante C.</p> <p data-bbox="1093 635 2002 699"><u>Variantendiskussion Rampenlänge und Neigung auf Grundlage der Trassierung Variante C</u></p> <p data-bbox="1093 707 2002 914">Durch das beauftragte Architekturbüro KRP sind auf Basis des Trassenverlaufs der Variante C verschiedene Rampenlängen mit Blick auf die Ausgestaltung einer „barrierefreien“ oder „barrierearmen“ Geh- und Radwegbrücke untersucht worden. Die Rampenlänge wird jeweils vom Eckpunkt des Lichtraumprofils (4,70 m lichte Höhe oberhalb der B 65) bis zum Schnittpunkt mit dem Gelände gemessen.</p> <ul data-bbox="1131 962 2002 1380" style="list-style-type: none"> <li data-bbox="1131 962 2002 1281">▪ Für die erste „Variante N01“ mit einer durchgängigen Neigung von 3 % wäre eine Entwicklungslänge der nördlichen Rampe von ca. 204,60 m und der südlichen Rampe von ca. 148,30 m erforderlich. Diese Variante ist barrierefrei. Infolge der großen Entwicklungslängen und einer damit einhergehenden hohen Flächeninanspruchnahme sowie des fehlenden Zugriffs auf die westlich angrenzende Fläche ist die Umsetzung dieser Variante nicht möglich. Die Baukosten für die Variante N01 liegen bei ca. 4,72 Mio. € (Kostenschätzung LP02, Stand Juli 2023). <li data-bbox="1131 1321 2002 1380">▪ Für die zweite „Variante N02“ mit einer durchschnittlichen Neigung von 4,85 % mit Podest wird eine Entwicklungslänge der nördlichen

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Rampe von ca. 128,05 m und der südlichen Rampe von ca. 114,00 m erforderlich. Diese Variante ist nach DIN 18040-3 und ERA R-2 barrierefrei. Diese Variante erfordert aufgrund der Platzverhältnisse eine Fällung von zusätzlich zwei Bäumen. Die Baukosten für die Variante N02 liegen bei ca. 3,39 Mio. € (Kostenschätzung LP02, Stand Juli 2023).</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für die dritte „Variante N03“ mit einer durchgängigen Neigung von 6 % der Rampenanlage ist eine Entwicklungslänge der nördlichen Rampe von ca. 103,61 m und der südlichen Rampe von ca. 101,30 m erforderlich. Diese Variante ist in Anlehnung an die ERA (Empfehlung für Radverkehrsanlagen) und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten entwickelt worden. Diese Variante ist barrierearm. Die Baukosten für die Variante N03 liegen bei ca. 2,94 Mio. € (Kostenschätzung LP02, Stand Juli 2023). <p><u>Abwägung Variante – Neigung 3 % und 4,85 %</u></p> <p>Gemäß der DIN 18040-3 sind für den Fußgängerverkehr vorgesehene Flächen für Menschen mit motorischen Einschränkungen, insbesondere für Rollstuhl- und Rollatornutzer eigenständig und sicher nutzbar, wenn diese eine Längsneigung von grundsätzlich maximal 3 % aufweisen. Somit handelt es sich bei der Variante N01 gemäß DIN 18040- 3 um eine barrierefreie Geh- und Radwegbrücke. Infolge der maximalen Neigung von 3 % sind allerdings deutlich längere Entwicklungsrampen notwendig (s. Variantendiskussion Rampenlänge auf Grundlage der Trassierung Variante C).</p> <p>Die Entwicklungslänge der Nord-Rampe hätte zur Folge, dass gemäß der Abbildung aus der Anlage A.3 zur Begründung die Rampe in Teilen über das westlich angrenzende Grundstück führen würde. Das Grundstück befindet sich in Privatbesitz. Mit den Eigentümern sind bereits frühzeitig zum Auftakt der Planungen zur Landesgartenschau Gespräche geführt worden, in denen</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>die Stadt versucht hat, die Flächen anzukaufen. Ein Grundstücksverkauf ist allerdings von den Eigentümern abgeblockt worden, weshalb die Stadt schlussendlich keinen Zugriff auf die weiteren Flächen westlich des Plangebiets hat. Weitere Details zu den Besitzverhältnissen sind aus Datenschutzgründen an dieser Stelle nicht darzulegen.</p> <p>Für die größere Entwicklungslänge der Süd-Rampe müssten ca. 6 weitere Bäume im Erlengrund entlang der Rampe entnommen werden sowie zwei weitere Bäume im Bereich der Nord-Rampe. Der Erlengrund stellt gemäß § 3(2) NDSchG im Zusammenhang mit der Kurparkanlage ein Einzeldenkmal dar, an dessen Erhaltung wegen der geschichtlichen und der prägenden städtebaulichen Bedeutung ein öffentliches Interesse besteht. Weitere Eingriffe in den Gehölzbestand sind somit kritisch zu sehen und wären eng mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abzustimmen.</p> <p>Darüber hinaus liegt das Brückenbauwerk innerhalb des Landschaftsschutzgebiets „Süd-Deister“ (LSG SHG 00017). Grundsätzlich sind innerhalb des Landschaftsschutzgebiets entsprechend der Schutzgebietsverordnung Handlungen verboten, die geeignet sind, die Landschaft zu verunstalten, die Natur zu schädigen oder den Naturgenuss zu beeinträchtigen. Die vorliegenden Planungen stehen den allgemeinen Schutzzwecken gemäß § 26 BNatSchG nicht entgegen. Die besondere Bedeutung des Plangebiets für die Erholungsnutzung und die damit verbundene Funktion als Verbindungselement zum südlich gelegenen Deister wird durch den geplanten Bau der Fußgängerbrücke gegenüber der derzeitigen Situation weiter gestärkt, in dem die Bedarfsampel ersetzt wird. Die wertgebenden Elemente, wie der Erlengrund und die Bubikopfallee, bleiben bei dem vorliegenden Trassenverlauf in ihrer jetzigen Ausprägung erhalten und prägen weiterhin das örtliche Landschaftsbild. Der Charakter des Landschaftsschutzgebiets wird nicht verändert, so dass die Planungen vereinbar sind mit den Zielsetzungen der Landschaftsschutzgebietsverordnung „Süd-Deister“. Dementsprechend</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>sollen die Eingriffe in die Gehölzbestände sowie in den Boden so gering wie möglich gehalten werden.</p> <p>Zusätzlich sollten Bodeneingriffe im Bereich der Planung so gering wie möglich gehalten werden, da die Bereiche beidseits der B 65 innerhalb des Heilquellenschutzgebiets Bad Nenndorf-Algesdorf in der Schutzzone III liegen. In neueren Planungen zur Novellierung des Heilquellenschutzgebiets ist für den Bereich des Erlengrunds die Schutzzone II vorgesehen. Diverse Untersuchungen und Gutachten zum Heilquellenschutz haben ergeben, dass der Geltungsbereich aus Sicht des Grundwasser- und Heilquellenschutzes als äußerst sensibel anzusehen ist und eine negative Beeinträchtigung des Heilquellensystems bzw. der staatlich anerkannten Heilquelle durch die Gründungsarbeiten für die geplante Brücke nicht ausgeschlossen werden kann. Das Risiko negativer Beeinträchtigungen steigt mit zunehmender Eingriffstiefe, bei einer Flachgründung hängt das Risiko negativer Beeinträchtigungen von der Art/Ausführung der Grundwasserhaltung ab.</p> <p>Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass die Nord-Rampe bei einer Entwicklungslänge von 204,60 m mit den Flächen des potenziellen 2+1-Ausbaus der B 65 kollidieren würde (s. Anlage A.3).</p> <p>Neben der Variante N01 mit einer Längsneigung von 3 % ist eine Variante mit Podest und durchschnittlicher Längsneigung von 4,85 % geprüft worden (Variante N02), die ebenfalls barrierefrei ist. Die Entwicklungslänge der Nord-Rampe beträgt dann 128,05 m und für die Süd-Rampe 114,00 m. Die zuvor aufgeführten Gründe in der Abwägung zur Variante N01 zum Denkmalschutz, der Lage im Landschaftsschutz- und im Heilquellenschutzgebiet treffen hier, wenn auch in einem etwas geringfügigerem Umfang, ebenfalls zu. Weitere Baumfällungen im Vergleich zu der Variante N03 wären im Bereich der Nord-Rampe (2 Bäume) notwendig.</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Abgesehen von den o. g. Belangen sind auch wirtschaftliche Aspekte in der Abwägung zu berücksichtigen. Für die Umsetzung der Variante N01 fallen Mehrkosten von ca. 1,78 Mio. € und für die Umsetzung der Variante N02 ca. 0,45 Mio. € im Vergleich zur Variante N03 an. Grundlage für die Berechnung ist die Annahme der Baukosten, die sich je 1,0 m Mehrlänge der Rampe bei einer zugrunde gelegten Nutzbreite von 3,0 m um ca. 12.000 € netto erhöhen würden. Die Baukosten der Variante N03 belaufen sich insgesamt auf ca. 2,94 Mio. €. Die Mehrkosten würden somit im Vergleich zu einem Aufschlag von ca. 60 % der Baukosten der Variante N03 führen, sodass die Baukosten insgesamt bei ca. 4,72 Mio. € (Kostenschätzung LP02, Stand Juli 2023) liegen würden.</p> <p>Der Brückenbau wird bis zu 75 % vom Land gefördert. Dies bedeutet, dass bei der vorliegenden Planung ca. 735.000 € der Baukosten bei der Kommune verbleiben. Bei der barrierefreien Variante mit Baukosten von ca. 4,72 Mio. € würden bei einer Förderung von 75 % ca. 1,18 Mio. € der Baukosten bei der Kommune verbleiben. Dies ergibt einen Unterschied von ca. 445.000 €.</p> <p>Unabhängig von der Variantendiskussion zur Längsneigung der Brücke sowie des Trassenverlaufs ist darauf hinzuweisen, dass die Lage der Geh- und Radwegbrücke zur Überquerung der B 65 sowie der Erlengrund deutlich abgesetzt vom Siedlungsbereich der Stadt Bad Nenndorf ist. Eine Querung der B 65 an dieser Stelle ist für den täglichen Bedarf nicht erforderlich. Die Rodenberger Allee im Süden des Stadtgebiets, die als Hauptzufahrt von der B 65 in die Stadtmitte bzw. den Kurparkbereich dient und einen örtlichen Versorgungsschwerpunkt darstellt, liegt fußläufig ca. 1,0 km von der geplanten Geh- und Radwegbrücke entfernt. Der Siedlungsbereich beidseits der Erlengrundstraße befindet sich in ca. 550 m fußläufiger Entfernung, der Siedlungsrand in Verlängerung des Kluswegs/Ecke Jägerweg in ca. 900 m fußläufiger Entfernung. Die Buchenallee ist in ca. 900 m Entfernung von der</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Geh- und Radwegbrücke fußläufig erreichbar, allerdings steigt das Gelände von der Erlengrundstraße in Richtung Buchenallee stark an, sodass eine Barrierefreiheit mit einer Neigung von 3 % im weiteren Verlauf nicht gegeben ist. Gleiches gilt für die Anbindung an den zentralen Kurpark und an die zukünftigen Ausstellungsflächen der Landesgartenschau 2026. Der Erlengrund ist nicht Teil der Ausstellungsflächen der Landesgartenschau. Diese konzentrieren sich auf den zentralen Kurpark sowie die Erweiterung in Richtung Osten bis zum Wirtschaftsweg, der die Buchenallee mit der Erlengrundstraße verbindet.</p> <p>Die Nutzung der heutigen Bedarfsampel zur Erschließung des Erlengrunds und darüber hinaus des Naherholungsgebiets Deister ist somit aufgrund der Lage nur für einen eingeschränkten Personenkreis von Menschen mit Behinderungen gut nutzbar. Im Regelfall ist der Erlengrund sowie das Naherholungsgebiet Deister bereits heute für Menschen mit Behinderungen schwer zu erreichen, unabhängig von der Art der Querung der B 65.</p> <p>Vorrangiges Ziel der Planung ist die Verbindung der beiden Kurparkteile. Innerhalb der Grenzen des Kurparks steht die lokale Topographie einer Argumentation für eine barrierefreie Brücke im Wege. Bereits heute ist eine Verbindung beider Kurparkteile barrierefrei nicht möglich.</p> <p>Für die Nutzung der Geh- und Radwegbrücke für den Radverkehr prüft die Kommune im Rahmen der weiteren Projektplanung ein mögliches Fahrverbot für den Radverkehr im Rahmen der Öffnungszeiten der Landesgartenschau, da in diesem Zeitraum mit einer hohen Frequentierung der Brücke zu rechnen ist. Mit Beendigung der Landesgartenschau kann im Anschluss auf Basis der dann vorhandenen Erfahrungswerte abgewogen werden, ob ein Fahrverbot für den Radverkehr langfristig Bestand haben oder aufgehoben werden soll.</p> <p>Zusätzlich wird von der Kommune geprüft, ob ein durchgängiger Handlauf</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Aus der nun vorliegenden Planungsunterlage der Brücke geht hervor, dass die Treppenaufgänge jeweils richtungsgenau in die Fahr- und Fußwege münden. Damit wird der Fahr- und Fußweg unzulässig eingengt. Zudem müssen zusätzliche Wegsicherungselemente wie Geländer und Führungselemente eingerichtet werden, was eine zusätzliche Einengung bedeutet. Neben der Einengung wird auch die baurechtliche Zulassung einer derartigen Planung angezweifelt und wird zu überprüfen sein.</p>	<p>in das Brückenbauwerk integriert werden kann.</p> <p><u>Abwägungsentscheidung</u></p> <p>Aufgrund der dargelegten Rahmenbedingungen muss die Kommune die Entscheidung treffen, ob die Geh- und Radwegbrücke barrierefrei oder barrierearm umgesetzt werden soll. Neben den umfänglicheren Eingriffen in den Denkmalschutz, in den Landschaftsschutz sowie den Heilquellenschutz sind ebenfalls die wirtschaftlichen Aspekte mit Blick auf die Mehrkosten infolge der Entwicklungslänge, aber auch des zusätzlich notwendigen Grundstückserwerbs, der so nicht zu Stande gekommen ist, zu berücksichtigen. Auch wenn eine möglichst umfassende Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen mit Blick auf die Gleichstellung nachvollziehbar anzustreben ist, kann die Kommune dem Grundsatz infolge der Erschwerisse in dem vorliegenden Fall nicht nachkommen. Folglich hat sich die Kommune in den intensiven Beratungen im Vorfeld für die Variante N03, also die Errichtung einer barrierearmen Geh- und Radwegbrücke, entschieden. Der Förderstelle des Landes Niedersachsen ist die Problematik bekannt, die Förderfähigkeit des Projektes ist jedoch aufgrund vorliegender räumlicher Parameter und genehmigungsrelevanter Faktoren im Rahmen der Richtlinie des NGVFG weiterhin gegeben. Im Ergebnis setzt der vorliegende Bebauungsplan somit dieses Plankonzept um.</p> <p>Eine Einengung der Fahrbahn im Bereich der Treppenaufgänge findet nicht statt, da eine Stufe zwischen Brückenfahrbahn und dem oberen Treppenhochpunkt existiert.</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Weiterer Vortrag wird vorbehalten und ggf. bis zum 19.01.2023 eingereicht.“</p> <p><u>Stellungnahme vom 15.01.2024</u></p> <p>„unter Bezug auf den Antrag zur Fristverlängerung des Senioren- und Behindertenbeirat zur Stellungnahme vom 05.12.2023 zum B-Plan 107, mit Hinweis auf § 4 Abs. 2 Satz 3, letzter Halbsatz und § 4a Abs. 5 Satz 2 BauGB, reichen wir nun ergänzend zu unserer vorläufigen Stellungnahme vom 29.12.2023 die endgültige Stellungnahme ein. Die nunmehr eingeflossenen Ergänzungen sind von relevanter rechtlicher Bedeutung.</p> <p>Stellungnahme</p> <p>Aus den Unterlagen geht hervor, dass anscheinend niemand die Vorlagen vollständig durchgelesen hat, denn dann hätte auffallen müssen, dass selbst der Verfasser sich unzureichend mit der Sachlage befasst. Sowohl in den Vorlagen zur frühzeitigen Beteiligung wie auch den jetzt vorliegenden Dokumenten wird wiederholt von einer B52 gesprochen (vgl. Vorplanung Seite 9, 10 und 11, Erläuterungsbericht Entwurfsplanung Seite 4). Dieses scheint niemandem aufgefallen zu sein.</p> <p>Es handelt sich bei diesem Vorhaben um eine völlige Neuerrichtung einer Rad- und Gehwegbrücke. Im Fall eines Neubaus dürfen keinesfalls auf Kosten der Barrierefreiheit und Sicherheit für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigung Kompromisse eingegangen werden. Bei der Planung und Gestaltung der Brücke dürfen keine Abwägungen zu Lasten der Sicherheit und Barrierefreiheit getroffen werden.</p>	<p>Die ergänzende Stellungnahme wird aufgrund des sensiblen Themas der Barrierefreiheit in der Beratungsvorlage des Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund berücksichtigt. Zur Abwägung der Inhalte, die bereits in der Stellungnahme vom 29.12.2023 aufgeführt worden sind, wird auf die dort vorgenommene Stellungnahme der Verwaltung (s. o.) verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats vom 29.12.2023 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats vom 29.12.2023 verwiesen.</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Abwegig ist die Argumentation zur Abwägung von Einwänden in der Vorlage 2023-0142/ST zum Bauausschuss vom 14.11.2023 unter Nr. 36, Seite 41 unten, wonach die Zuwegungen zum Bauwerk nicht barrierefrei sein soll und damit die vorgesehene Gestaltung der Brücke gerechtfertigt sei.</p> <p>Diese Aussage entspricht einer Unwahrheit. Heute ist der Erlengrund völlig barrierefrei für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen über die Erlengrundstraße erreichbar.</p> <p>Mit dem jetzt vorgesehenen Brückenbauwerk ist dies für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht mehr möglich. Das darf nicht hingenommen werden, da auch die Brücke selbst barrierefrei hergerichtet werden kann.</p> <p>Wir beziehen uns dabei auf § 7 Abs. 2 NBGG. Wir rügen, dass nach § 3, Abs. 1, Satz 2 NGVFG, die Barrierefreiheit nach dem § 7 NBGG nicht voll umfänglich berücksichtigt wird. Dies ist eine Voraussetzung zur Förderung nach dem NGVFG. Wir rügen weiterhin, dass nach § 3, Abs. 2 NGVFG, bei der Planung der zuständige Behindertenbeirat nicht angehört wurde und nun keine barrierefreie Planung vorliegt.</p>	<p>Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats vom 29.12.2023 verwiesen.</p> <p>Eine barrierefreie Zuwegung über die Erlengrundstraße in den Erlengrund ist auch heute im Bestand nicht vorhanden. Der Fuß- und Radweg zwischen der Erlengrundstraße und der Dunkelampel zur Querung der B 65 mit einer Länge von ca. 45,0 m, besteht aus einem lose aufgeschütteten Grobschotterbelag. Hierbei handelt es sich gem. DIN 18040-3 nicht um einen barrierefreien Bodenbelag.</p> <p>Gemäß § 3(1) Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) ist Voraussetzung für die Förderung, dass das Vorhaben die Barrierefreiheit nach § 7 NBGG berücksichtigt <u>oder</u> Maßnahmen zum Abbau von Barrieren beinhaltet. Maßnahmen zum Abbau von Barrieren werden in der Planung untersucht, bspw. durch die Prüfung der Umsetzbarkeit eines Handlaufs. Insgesamt wird durch das geplante Brückenbauwerk die Leichtigkeit des Verkehrs (durchgängiger Verkehrsfluss auf der B 65 und Quermöglichkeit B 65 ohne Wartezeiten) sowie die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern durch die Nutzung der Geh- und Radwegbrücke (höhenungleiche Kreuzung) zur Vermeidung einer direkten Querung der Fahr-</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Zudem ist es falsch, dass zur Barrierefreiheit der Brücke Grundstücke gekauft werden müssen. Der gesamte Raumbedarf zur Erreichung der Barrierefreiheit befindet sich im Besitz der Kommune.</p> <p>Der Beirat hat beschlossen, ggf. erforderliche Rechtsmittel auszuschöpfen.</p> <p>Zu einer sachgerechten Abwägung von Einwänden sind die Abwägungsgründe zu präzisieren und nicht nur mit unsubstantiierten Aussagen zu begründen.</p> <p>Die „immensen Mehrkosten“ sind zu ermitteln, die Besitzverhältnisse wären im Detail darzustellen und der „Eingriff in den sensiblen Naturraum“ wäre ebenfalls zu präzisieren. Letzteres, da im Zuge der Abbiegespuren der B65 ganze Baumreihen gefällt werden müssen.</p> <p>Aus der nun vorliegenden Planungsunterlage der Brücke geht hervor, dass die Treppenaufgänge jeweils richtungsgenau in die Fahr- und Fußwege münden. Damit wird der Fahr- und Fußweg unzulässig eingeengt. Zudem müssen zusätzliche Wegsicherungselemente wie Geländer und Führungselemente eingerichtet werden, was eine zusätzliche Einengung bedeutet. Neben der Einengung wird auch die baurechtliche Zulassung einer derartigen Planung angezweifelt und wird zu überprüfen sein.</p>	<p>bahn der B 65 deutlich verbessert.</p> <p>Dies ist in Hinsicht der Umsetzung der Variante N02 (Rampenanlage mit Zwischenpodesten und durchschnittliche Längsneigung von 4,85 %. Jedoch würden hier erneut Genehmigungshindernisse aus Sicht des Naturschutzes und Denkmalschutzes Anwendung finden. Zudem ist der Kostenaufwand höher. Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats vom 29.12.2023 verwiesen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats vom 29.12.2023 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Stellungnahme des Senioren- und Behindertenbeirats vom 29.12.2023 verwiesen.</p>

Nr. 36	Senioren- und Behindertenbeirat Samtgemeinde Nenndorf Stellungnahme vom 29.12.2023 und 15.01.2024	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Die Anregungen und Bedenken des Senioren- und Behindertenbeirats sind nachvollziehbar und werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Rahmenbedingungen kann die Kommune der Errichtung einer barrierefreien Geh- und Radwegbrücke infolge der Erschwernisse in dem vorliegenden Fall nicht nachkommen. Folglich hat sich die Kommune in den intensiven Beratungen im Vorfeld für die Variante N03, also die Errichtung einer barrierearmen Geh- und Radwegbrücke, entschieden.</p>
Nr. 37	Stadt Barsinghausen Stellungnahme vom 20.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„das F- und B-Planverfahren für den Neubau dieser Fuß- und Radwegbrücke wird ausdrücklich begrüßt. Dies ist ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der Bedingungen für den überörtlichen Radverkehr, insbesondere für den Freizeitverkehr. Denn entlang der B65 und der BAB A2 fehlt es insgesamt an (ganztägig und ganzjährig) sicheren und leistungsfähigen Querungsmöglichkeiten sowohl für den überörtlichen Freizeit- wie auch den Alltagsradverkehr. Ich gehe davon aus, dass die Ausbaustandards der ERA vollständig berücksichtigt werden.</p> <p>Leider konnte ich als interessierter Besucher von einzelnen realisierten Brückenprojekten andernorts beobachten, dass diese deutlich zu eng konzipiert waren und bei Begegnungsverkehr oder</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Neubau der Geh- und Radwegbrücke von der Stadt Barsinghausen ausdrücklich begrüßt wird. Die vollständige Einhaltung der Ausbaustandards der ERA ist aufgrund der vorliegenden Rahmenbedingungen nicht möglich. Die ERA gibt eine längere Rampenlänge vor, die infolge der Eigentumsverhältnisse sowie aus naturschutzfachlicher Sicht (Bodeneingriffe, weitere Entnahme von Bäumen) und denkmalrechtlicher Sicht (größere, dominantere Kubatur, ggf. Eingriff in die Bubikopfalle und Gehölzbestände im Erlengrund) nicht mitgetragen werden kann. Zusätzlich würden durch längere Rampenlängen Mehrkosten entstehen. Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zu Nr. 36 verwiesen. Der Förderstelle des Landes Niedersachsen ist diese Problematik bekannt, sie haben infolge der nachvollziehbaren Begründung trotzdem eine Förderung in Aussicht gestellt.</p> <p>Für die Nutzung der Geh- und Radwegbrücke für den Radverkehr prüft die Kommune im Rahmen der weiteren Projektplanung ein mögliches Fahrverbot für den Radverkehr im Rahmen der Öffnungszeiten der Landesgarten-</p>

Nr. 37	Stadt Barsinghausen Stellungnahme vom 20.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>bei Benutzung durch Radlergruppen zum Flaschenhals wurden.</p> <p>Ich bitte um Infos zur geplanten Einbindung in das für Radverkehr vorrangig zu benutzende Waldwegenetz im Deister. Gibt es bereits Abstimmungen mit den Forstbetrieben, auch im Bezug auf eine entsprechende Ausschilderung?“</p>	<p>schau, da in diesem Zeitraum mit einer hohen Frequentierung der Brücke zu rechnen ist. Mit Beendigung der Landesgartenschau kann im Anschluss auf Basis der dann vorhandenen Erfahrungswerte abgewogen werden, ob ein Fahrverbot für den Radverkehr langfristig Bestand haben oder aufgehoben werden soll. Hierdurch kann einem potenziellen Flaschenhalseffekt entgegengewirkt bzw. dieser entzerrt werden.</p> <p>Eine Abstimmung mit den Forstbetrieben hat zur Einbindung in das Waldwegenetz im Deister zum jetzigen Zeitpunkt nicht stattgefunden, dies wird die Kommune nachgelagert im Rahmen der Ausführungsplanung vornehmen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen. Diese beziehen sich überwiegend auf die Ausführungsplanung. Der Anregung zur Berücksichtigung des Ausbaustandard der ERA kann infolge der vorliegenden Rahmenbedingungen nicht gefolgt werden.</p>
Nr. 39	TenneT TSO GmbH Stellungnahme vom 01.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„in der angegebenen Örtlichkeit befinden sich keine Versorgungsanlagen unserer Gesellschaft.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>

Nr. 41	Vodafone Niederlassung Nord Stellungnahme vom 14.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	„Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.“	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Betroffenheit durch die Planung besteht. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 42	Wasserverband Nordschaumburg Stellungnahme vom 29.11.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>„Sie beteiligen uns als Träger der öffentlichen Trinkwasserversorgung an der o.g. Bauleitplanung und bitten um Stellungnahme.</p> <p>Zu den Zielen und Zwecken des Bebauungsplanes Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ der Stadt Bad Nenndorf haben wir keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen oder Bedenken gegen die Planung vorgebracht werden. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p>Beschlussvorschlag: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>
Nr. 44	Wintershall Dea GmbH Stellungnahme vom 05.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	„wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Maßnahme und nehmen hierzu wie folgt Stellung:	

Nr. 44	Wintershall Dea GmbH Stellungnahme vom 05.12.2023	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Der räumliche Geltungsbereich des oben genannten Verfahrens liegt außerhalb unserer öffentlich-rechtlich verliehenen Bergauberechtigungen nach Bundesberggesetz (BBergG) zur Gewinnung von Rohstoffen. In unserem Eigentum befindliche Bohrungen oder Anlagen sind von dem Verfahren ebenfalls nicht betroffen. Es bestehen keine Bedenken bzgl. der Durchführung des Vorhabens.“</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen. Ein konkreter Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>